



## Protokoll der 7. Sitzung des Einwohnerrates

vom 9. April 2025, 17.00 Uhr, im Landratssaal

---

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Alexandra Muheim (SP) und Anja Weyeneth (SP)

**Abwesend:** -

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	-
<i>://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine verbundene Beratung der Postulate Nr. 2025-28 und Nr. 2025-29 betreffend den Fragen der Interpellanten zum Thema «Trifluoressigsäure» wird einstimmig zugestimmt.</i>	2025-28 2025-29
1. Protokoll der Ratssitzung vom 26.02.2025 <i>://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 26. Februar 2025 wird einstimmig genehmigt.</i>	
2. Parkhaus Altstadtblick – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Ausgabenbeschluss im Zusammenhang mit einem Mietvertrag zum Betrieb eines öffentlichen Parkhauses in der Überbauung Altstadtblick (vormals Lüdin-Areal) <i>://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung die aus dem Abschluss des «Mietvertrages für 60 Parkplätze in der Überbauung "Altstadtblick"» resultierende Ausgabe in der Höhe von brutto CHF 3'350'700.-- (inkl. MwSt.) zuzüglich der über die 30-jährige Vertragsdauer auflaufenden Teuerung.</i>	2024-227 2024-227a
3. Mattenstrasse – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Kreditvorlage für den Wasserleitungsersatz (Wasserkasse) und die Strassensanierung (Einwohnerkasse) der Mattenstrasse <i>://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für die Sanierung der Mattenstrasse in der Höhe von CHF 270'000.-- (+/- 10%) inkl. MwSt. zu Lasten der Einwohnerkasse (Investitionskonto-Nr. 6150.5010.0374: «Mattenstrasse Strassensanierung, Realisierung») sowie den Bruttokredit für den Ersatz der Wasserleitung in der Höhe von CHF 230'000.-- (+/- 10%) exkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung (Investitionskonto-Nr. 7101.5030.0375, «Mattenstrasse Wasserleitungsersatz; Realisierung»).</i>	2024-27 2024-27a

4. Sportanlagen-Zugänglichkeit – Postulat betreffend Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Florian Sennhauser der FDP/Mitte-Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion 2024-25  
*://: Mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat betreffend Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Florian Sennhauser der FDP/Mitte-Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion den Stadtrat überwiesen.*
5. Plastikverpackungen-Kreislauf – Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion 2024-26  
*://: Das Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.*
6. Fragestunde  
*In der Fragestunde werden vom Stadtrat 14 Fragen beantwortet.*
7. Trifluoressigsäure
- Interpellation «Trifluoressigsäure (TFA) Chemikalien im Grund- und Trinkwasser der Stadt Liestal und des Kantons Baselland» von Lukas Flüeler und Matthias Holinger der Grünen Fraktion; Bericht Stadtrat 2025-28  
2025-28a
  - Interpellation «Belastung des Liestaler Trinkwassers mit Trifluoressigsäure (TFA) von Patrick Mägli der SP-Fraktion; Bericht Stadtrat 2025-29  
2025-29a  
*Die Interpellation «Trifluoressigsäure (TFA) Chemikalien im Grund- und Trinkwasser der Stadt Liestal und des Kantons Baselland» von Lukas Flüeler und Matthias Holinger der Grünen Fraktion sowie die Interpellation «Belastung des Liestaler Trinkwassers mit Trifluoressigsäure (TFA)» von Patrick Mägli der SP-Fraktion werden vom Stadtrat beantwortet und sind somit erledigt.*
8. Sonnenschutz Rathausstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «MEIN LIESTAL – Sonnenschutz und südliches Flair in der Rathausstrasse von Eva Eugster der FDP-Fraktion 2023-182  
2023-182a  
*://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis von der Beantwortung des Stadtrats gemäss Vorlage Nr. 2023-182a.*  
*://: Das Postulat Nr. 2023-182 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.*
9. Klassenbildung – Interpellation zur Klassenbildung von Bernhard Bonjour der SP-Fraktion 2025-34  
*Die Interpellation zur Klassenbildung von Bernhard Bonjour der SP-Fraktion wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.*

10. Minergie – Interpellation betreffend Minergie-P-Standard bei stadteigenen Gebäuden von Anita Baumgartner und Matthias Holinger der Grünen Fraktion 2025-35  
*Vertagung wegen Zeitmangel.*

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertretende und Gäste zur heutigen Sitzung.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) macht folgende Mitteilung:

- Rund die Hälfte der Einwohnerratsmitglieder hatte beim Empfang der Partnerstadt Waldkirch vom 29. März 2025 in Liestal teilgenommen, wofür er an dieser Stelle nochmals bestens danken möchte, speziell Ratsschreiber Marcel Jermann für die Organisation. Es war sicher ein toller Anlass und man konnte sich wirklich gut austauschen. Man darf sich sicher heute schon auf einen Gegenbesuch in unserer deutschen Partnerstadt freuen.
- Er hat für die heutige Sitzung gemäss Turnus einen interfraktionellen Restaurant-Besuch im Rest. Farnsburg organisiert. Vor der Pause wird er mit einer Erhebung feststellen lassen, wie viele Ratsmitglieder im Anschluss an die Sitzung das Restaurant besuchen werden.

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Die heutige Sitzung wird um ca. 18.30 Uhr von einer Pause unterbrochen und um 20.00 Uhr geschlossen. Die «Fragestunde» findet im Anschluss an die Pause statt und wird von Vizepräsident Philipp Franke (GL) geleitet.
- Der Amtsbericht 2024 (Nr. 2025-37) ist vom Büro an die GPK zur Vorberatung überwiesen worden und wird auf die ER-Sitzung vom 21.05.2025 oder 25.06.2025 traktandiert.
- Das Büro hat einem Wiedererwägungsantrag zugestimmt und die ER-Sitzung vom 18.02.2026 sowie die Bürositzung vom 12.02.2026 ersatzlos gestrichen, da diese in die Fasnachtsferien fallen.
- Die Ersatzwahl von 1 Mitglied in den Primarschulrat (Nachfolge für Eva Eugster) ist vom Büro auf die ER-Sitzung vom 21.05.2025 sowie die Einreichfrist für Wahlvorschläge auf den 05.05.2025 angesetzt worden.
- Der Einwohnerratsausflug ins Üetental findet am 14.05.2025 statt. Philipp Franke (GL) führt aus, dass dort nicht nur der biodiverseste Ort in Liestal sei, sondern einer der schönsten, wenn nicht sogar der schönste Ort in Liestal. Dort möchte er die Region zeigen, die Landschaftskammer und die Themen Naturschutz, Ökologie und Landwirtschaft thematisieren. Dies in einem kurzen Rundgang mit Experten. Anschliessend gibt es einen Apéro, welcher grossmehrheitlich von der Grünen Partei gesponsert wird. Bis am 5. Mai 2025 möchte man sich beim Ratsschreiber an- oder abmelden.

### **Neuer persönlicher Vorstoss**

- Fasnacht – Interpellation «Sicherheit und Zugänglichkeit an der Fasnacht» von Jonas Bischofberger der SP-Fraktion (Nr. 2025-40)

## **Mitteilungen Stadtrat**

Stadträtin Marie-Theres Beeler teilt mit, dass alle einen Zettel auf dem Platz hätten. Es geht um eine Gartenführung, die am 24. Mai 2025 stattfindet, gemacht durch die Preisträgerin des Baselbieter Naturschutzpreises des letzten Jahres. Sie beginnt beim Liestaler Gymnasium beim grossen Weiher und es geht eigentlich darum zu zeigen, dass man nicht eine grosse Magerwiese braucht, um naturnah einen Garten zu gestalten, sondern dass es eigentlich auch kleine Ansätze gibt, um auch auf einem Balkon oder in einem kleineren Garten etwas zu machen, das für die Artenvielfalt hilfreich ist. Und das links oben auf dem Flyer ist nicht ein Glas, auf dem ein Käfer drauf ist, sondern das ist ein Käfer auf einem Holzstrunk. Und um solche Sachen geht es eigentlich, um das aufzuzeigen.

Stadträtin Pascale Meschberger macht auch gerade noch Werbung für einen Anlass und zwar für das Integra-Fest vom 23. August 2025. Dieses findet dieses Jahr nach Jahren der Pause wieder einmal statt. Es gibt, und da weiss Domenic Schneider (GLP) noch besser Bescheid als OK-Präsident, ein Behördenbistro. Ihr seid alle eingeladen, dort mitzuarbeiten. Es würde uns freuen, wenn ihr zahlreich mithelfen würdet, dass wir dort gut vertreten sind. Wir brauchen aber auch sonst Helferinnen und Helfer den ganzen Tag. Ihr könnt gerne auf die Domenic Schneider (GLP) oder auf mich zukommen, wenn ihr interessiert seid.

## **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass keine weiteren Erklärungen abgegeben werden.

## **Traktandenliste**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt gemäss Voranzeige und E-Mail des Ratsschreibers vom 07.04.2025 namens des Ratsbüros den Antrag, dass die beiden Interpellationen Nr. 2025-28 (Trakt. 6) und Nr. 2025-29 (Trakt. 7) gestützt auf § 72 des ER-Geschäftsreglements verbunden beraten werden, da diese im Zusammenhang mit den «Trifluoressigsäure»-Fragen der Interpellanten sachlich zusammengehören und auch schriftlich vom Stadtrat beantwortet wurden.

Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren zum Büro-Antrag gestellt werden.

://: Dem Antrag des Ratsbüros für eine verbundene Beratung der beiden «Trifluoressigsäure»-Interpellationen Nr. 2025-28 (Trakt. 6) und Nr. 2025-29 (Trakt. 7) wird einstimmig zugestimmt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass zur Traktandenliste keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Die Traktandenliste wird gemäss Einladungsschreiben vom 26. März 2025 mit der zuvor beschlossenen Änderung einstimmig beschlossen.

**1. Protokoll der Ratssitzung vom 26.02.2025**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll der letzten Sitzung vom 26. Februar 2025 eingegangen sind. Er kann nach Umfrage feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 26.02.2025 wird einstimmig genehmigt.

**2. Parkhaus Altstadtblick – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Ausgabenbeschluss im Zusammenhang mit einem Mietvertrag zum Betrieb eines öffentlichen Parkhauses in der Überbauung Altstadtblick, vormals Lüdin-Areal (Nr. 2024-227)**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Das Geschäft wird nach folgendem Ablauf beraten und behandelt:

- . Eintreten
- . BPK-Bericht; Ergänzungen / Info-Mail BPK-Präsident vom 26.03.2025
- . Stadtrat: Ergänzungen zu Ausführungen BPK-Präsident / Bericht
- . Fraktionssprecher
- . Einzelsprecher
- . Stadtrat
- . Abstimmung

Peter Bürgin (FDP) stellt den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2024-227a vor. Nach einer kurzen Absetzung des Geschäfts im Dezember 2024 wegen widersprüchlichen Informationen von „Liestal orientiert“, hat der Stadtrat im Detail die rechtliche Situation bei dem BIT abgeklärt. Die schriftliche Stellungnahme des BIT besagt klar, dass die Art und Weise der finanziellen Bewirtschaftung der Parkplätze allein Sache des Grundeigentümers ist und auch keinen Einfluss auf die Baubewilligung hat. Für die Baubewilligung ist nur wichtig, dass die 20 Besucherparkplätze auf den Plänen richtig eingezeichnet sind und auch erstellt werden. Somit steht der Bewirtschaftung der Parkplätze durch die Stadt Liestal und dem entsprechenden Vertrag nichts entgegen. Mit dem Parkhaus Altstadtblick sollten möglichst alle Parkplätze in der Allee, die durch den QP „Am Orisbach“ wegfallen, kompensiert werden. Die finanzielle Überlegung im Zusammenhang mit der Geometrie für das vorgesehene Parkhaus hat gesagt, dass sich 60 öffentliche Parkplätze realisieren lassen. Für den Investor war von Anfang an klar, dass nur eine Vermietung der Parkplätze über einen längeren Zeitraum infrage kommt. Daraus hat sich eine optimale Kostensituation bei einer Mietdauer von 30 Jahren ergeben. Es ist dann ein Netto-Mietzins von CHF 125 zusätzlich Nebenkosten von CHF 18.50 pro Parkplatz und Monat ausgehandelt worden. Das ergibt bei diesen 60 Parkplätzen jährlich einen Mietzins inklusive Mehrwertsteuer von CHF 111'690. Die Anpassung der Mietzinse ist an den Landesindex, an den LIK, gekoppelt. Bei Start des Mietverhältnisses wird der LIK im Mietvertrag dann festgehalten. Über die 30 Jahre hochgerechnet, verpflichtet sich die Stadt somit für eine Gesamtausgabe über die 30 Jahre von CHF 3'350'700 inklusive Mehrwertsteuer. Alle Nebenkosten sind im Mietvertrag integriert, also Reinigung, Reparatur und Instandstellung sowie Strom. Die beiden öffentlichen Zugänge und der Unterhalt der beiden Lifte sind in den Nebenkosten inbegriffen. Die Stadt hat auch keinerlei Haftpflichtverantwortung und der Mietvertrag ist im Grundbuch eingetragen. Die wichtigste Annahme der Finanzierung und der Betrieb ist die Auslastung dieser 60 Parkplätze und das führt zu durchschnittlichen Parktarifen. Szenario 1 sagt 2 Franke pro Stunde, der Breakeven wäre dann bei 11% Auslastung. Das zweite Szenario sagt einen Tarif von 1.50 Franken pro Stunde und da wäre der Breakeven bei 15%. Die Auslastung von anderen Parkhäusern in der Region ist vergleichbar mit den gemachten Annahmen. Das Ziel ist klar, dass finanziell mindestens natürlich ein Breakeven erreicht wird. Durch den Mietvertrag wird die Stadt zum Betrieb des öffentlichen Parkhauses mit 60 Parkplätzen ermächtigt. Dies beinhaltet die Bewirtschaftung der 20 Besucherparkplätze und der 40 öffentlichen Parkplätze der Stadt. Dieser Pool erlaubt eine optimale Ausnutzung aller 60 Parkplätze. Die Stadt hat zudem noch eine zusätzliche Flexibilität in der Nutzung, weil die 40 öffentlichen Parkplätze im Notfall, wenn das eintreffen würde und die Belegung auch nicht so hoch wäre wie angenommen, auch dauerhaft an Dritte vermietet werden könnten. Im Moment fehlen noch Details bei der Ausführung, es wird aber der sogenannte Goldstandard der European Parking Association angestrebt. Dem Grundeigentümer ist es auch im Zusammenhang mit den Mieterparkplätzen

natürlich sehr wichtig, dass Sicherheit wie Videoüberwachung, Beleuchtung und Beschriftungen gewährleistet sind und auch schon die Basisinfrastruktur in Hinsicht auf zukünftige LaDestationen ausgerüstet wird. Zur Würdigung: Das Geschäft ist von der BPK positiv aufgenommen worden und stellt gegenüber bisherigen Finanzierungen der Parkplätze à-fonds-perdu eine massive Verbesserung dar. Der Stadtrat hat den Vertrag gut ausgehandelt, das ist das erklärte Ziel, dass die Parkplätze unter den Boden kommen und so auch überirdisch mehr freier Raum im neuen Stadtpark zur Verfügung steht. Die Vertragsdauer bestimmt die Höhe des Mietzinses. Mit dem vorliegenden Mietvertrag können vertretbare Kosten und auch Auslastungsannahmen für einen rentablen Betrieb getroffen werden. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den stadträtlichen Antrag zu genehmigen.

Stadtpräsident Daniel Spinnler nimmt Bezug auf die vorgängigen Ausführungen des BPK-Präsidenten und bedankt sich für die positive Würdigung des Geschäfts durch die Bau- und Planungskommission. Wir haben jetzt hier noch einmal einen Seitenschritt gemacht und jetzt können wir einen Schritt vorwärtsgehen, nachdem wir hier auch noch einmal glasklar darlegen konnten, dass das, was wir hier vorschlagen, auch aus juristischer Sicht so funktioniert. Letztlich ist es aber auch ein politischer Wille, was wir haben wollen. Wie soll eine Allee aussehen in Zukunft? Mit oder ohne Parkplätze? Ich mag mich an Parkplatzdiskussionen erinnern aus meiner 10-jährigen Einwohnerratszeit und nachher, nachdem ich seit 2016 im Stadtrat bin. Das Thema ist unendlich, man kann stundenlang darüber diskutieren, was ist jetzt recht und was nicht. Ich glaube aber, hier haben wir eine gute Lösung gefunden, dass wir etwas hinbekommen können, das allen Interessen gerecht wird. Wir bekommen ein zentrumsnahes und komfortables Parkhaus. Ihr wisst alle, wie es ist, wenn man in ein Parkhaus hineinfährt und wegen den engen Verhältnissen Kratzer einfängt oder wenn man Blätter, Äste, Schnee usw. auf dem Auto vorfindet, wenn man zurückkommt. Das wird man in Zukunft so nicht mehr haben. Hier noch der Hinweis, dass wenn wir das jetzt nicht machen würden, dann hätten wir dort dann auch den barrierefreien Zugang in das Städtchen nicht mehr. Wir haben im Zusammenhang mit dem QP «Am Orisbach» als optionalen Standort einen Lift dort oben beim Fu vorgesehen, sollte man diesen im Parkhaus nicht realisieren können. Wenn wir diesen Lift realisieren müssten, muss ich euch wohl nicht vorrechnen, was dieser kosten würde für die Erstellung und den späteren Betrieb. Das fällt damit auch weg, wenn wir das Parkhaus so realisieren können, weil dieser Zusatzeingang für das Parkhaus erstellt wird und in dieser Miete inbegriffen ist. Zusätzlich habe ich weitere Vorteile schon aufgezählt. Ich glaube auch, dass eben auch die Aufenthaltsqualität geregelt werden kann und wir nicht noch einmal lange hin und her diskutieren müssen, ob jetzt die 20 Parkplätze oben auch nötig sind oder nicht. Ich bin dann noch etwas in die Geschichte hineingestiegen. Was nicht in der Vorlage drinsteht, aber im Brief an die BPK erwähnt ist. Wir haben damals, als ich auch noch im Einwohnerrat gewesen bin, im Parkhaus Rebgarten pro Parkplatz CHF 15'000 gehabt, dort haben wir sogar noch Barrieren und alles bezahlt, was die Stadt schlussendlich CHF 1,75 Mio. kostete, ohne dass wir irgendeine Einflussmöglichkeit auf das Parkhaus dafür bekommen haben. Und bei der Manor oben haben wir CHF 1,5 Mio. gezahlt. Wenn man dies heute hochrechnet, ist es wesentlich mehr. Zusätzlich bin ich dann noch weiter nach hinten in die Geschichte gegangen und habe mich gewundert, wie das mit dem Parkhaus Bücheli abgelaufen ist. Daran mögen sich alle erinnern, die damals Auto gefahren sind, wie das wahnsinnig super erschlossen gewesen ist. Man kann sagen, das war eigentlich die «Kritz-Garage» von Liestal. Wenn man hineingefahren ist, hatte man garantiert einen Hick im Auto gehabt, weil das so schwierig gewesen ist zum Hineinfahren und Parkieren. Damals im 2004 hatte der Stadtrat dem Einwohnerrat beantragt, dass man einen Strukturbeitrag an die Parkhaus Büchel AG jedes Jahr zahlt. Für das Jahr 2005 und folgende von CHF 70'000 pro Jahr als Beitrag zur Kostendeckung, weil das Parkhaus einfach nicht gelaufen ist. Wir können nun als Quervergleich zu den Kostenbeiträgen an andere Parkhäuser anstellen. Im schlimmsten Fall, wenn niemand im neuen Parkhaus parkieren würde, würde es uns CHF 110'000 und etwas mehr kosten im Jahr. Wenn wir es aber anschauen mit den Auslastungen, und die haben wir ja konservativ angenommen, sind wir der Meinung, dass wir dort den sogenannten Breakeven gut erreichen werden, und im Notfall können wir sogar 40 Parkplätze an Dritte vermieten, falls es nicht geht. Die anderen

20 Besucherparkplätze dürften wir dann weiterhin bewirtschaften. Ich denke, das ist eine Win-Win-Situation für alle, und ich hoffe, dass ihr das Geschäft unterstützt.

Markus Rudin (SVP) hält als SVP-Fraktionssprecher fest, dass die BPK die Vorlage an zwei Sitzungen behandelt habe. Mit dem Parkhaus Altstadtblick sollen alle Parkplätze, die in der Allee sind und durch den QP «Am Orisbach» wegfallen, kompensiert werden. Anhand von harten Verhandlungen durch den Stadtrat hat sich eine optimale Kostensituation bei einer Mietdauer von 30 Jahren ergeben. Es ist ein Netto-Mietzins von CHF 125 zusätzlich Nebenkosten von CHF 18.50 pro Parkplatz und Monat ausgehandelt worden. Über 30 Jahre hochgerechnet verpflichtet sich die Stadt für eine Gesamtausgabe von CHF 3'350'700 inklusive Mehrwertsteuer und die während dieser Zeit zusätzlich auflaufende Teuerung noch zu zahlen. Alle Nebenkosten sind aber im Mietvertrag integriert. Die Stadt muss sich somit weder um die Reinigung noch um Reparaturen oder Instandstellungen kümmern. Ebenfalls integriert sind die Kosten für den Strom und die öffentlichen Zugänge, was auch den Unterhalt der beiden Lifte betrifft. Mit dem Mietvertrag hat die Stadt auch keinerlei Haftpflichtverantwortung, diese bleibt zu 100% beim Eigentümer. Der Mietvertrag wird im Grundbuch eingetragen und somit entstehen auch keine Probleme bei zukünftigen Eigentümerwechsel, wie wir das jetzt eben gerade beim Bücheli gehabt haben. Das beinhaltet die Bewirtschaftung von diesen 20 Besucherparkplätzen und die öffentlichen 40 Parkplätze, die die Stadt dann so nutzen kann. Auch die Besucherparkplätze zum Beispiel beim Rebgarten, das ist jetzt schon so, dass man die benutzen darf. Die Stadt hat insofern eine hohe Flexibilität in der Nutzung, weil die öffentlichen 40 Parkplätze bei sehr schwacher Nachfrage im Notfall auch dauerhaft an Dritte weitervermietet werden könnten. Das ist dank dem Vertrag, der ausgehandelt worden ist, möglich. Die BPK ist auch der Meinung, dass der Stadtrat diesen Vertrag wirklich gut verhandelt hat, und es wird begrüsst, dass die Parkplätze unter den Boden kommen und so überirdisch mehr freier Lebensraum für den Stadtpark zur Verfügung steht. Die Mietdauer von 30 Jahren ist bei uns in der BPK sehr unterschiedlich und lange diskutiert worden, aber weil die Entwicklung der Mobilität über den Zeitraum schlecht eingeschätzt werden kann, ist eben dieser Vertrag wieder gut, da die Stadt eigentlich an Dritte weitervermieten könnte. Mit dem vorliegenden Mietvertrag haben vertretbare Kosten und Auslastungsannahmen für einen rentablen Betrieb getroffen werden können. Die Vorlage des Stadtrates zum Mietvertrag für die 60 Parkplätze an der Überbauung Altstadtblick wurde von der BPK einstimmig angenommen. Negative Auswirkungen zu diesem Geschäft waren leider die unterschiedlichen Aussagen unserer Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft, die wirklich einmal gegenüber dem Verein «Liestal orientiert» diese Aussage gemacht hat, man dürfe die Besucherparkplätze nicht brauchen und auch nicht öffentlich nutzen. Und nun hat aber die gleiche Bau- und Umweltschutzdirektion uns, dem Stadtrat und der BPK, in einem Brief, den ihr auch alle bekommen habt, schriftlich mitgeteilt, dass wir das dürfen. Also so steht dem Vorhaben, das eigentlich der Stadtrat ausgehandelt hat, nichts am Weg. Unsere Fraktion ist nach diesen Querelen und unterschiedlichen Aussagen bei diesem Geschäft geteilter Meinung, also wir werden nicht einstimmig zustimmen.

Sonja Niederhauser (EVP) führt als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion aus, dass auch sie das Geschäft in der Fraktion besprochen hätten. Was wir in der BPK besprochen haben, haben wir jetzt sehr ausführlich vorher schon gehört. Für die Fraktion ist die Vertragsdauer von 30 Jahren auch diskutiert worden. Gibt es in 30 Jahren noch Autos, die einen Parkplatz brauchen oder fahren sie dann sowieso selber irgendwo hin, wo es dann vielleicht kostengünstiger ist? Wer kann denn sagen, was in 30 Jahren ist? Aber wenn wir vielleicht nicht voraus, sondern ganz kurz zurückschauen, da möchte ich mich Stadtpräsident Daniel Spinnler anschliessen. Wir erinnern uns alle, wenn das Stichwort Parkplätze in Liestal gefallen ist, dann ist ein Stöhnen durch die Reihe gegangen, weil darüber immer wieder diskutiert wurde. Wir haben Geld investiert in verschiedene Parkhäuser, wo man im Nachhinein sagen muss, dass es vielleicht nicht die beste Variante und Lösung war. Wir sind als Fraktion aber überzeugt, dass man daraus gelernt hat und dass das, was jetzt vorliegt, eine bessere Variante ist. Anliegen unserer Fraktion sind auch gewesen, dass das Parkhaus ein modernes Parkhaus ist, dass es eben nicht so ist, dass man, wenn man dort wieder rausfährt, definitiv einen Blechschaden mitnimmt.

Auch breite Parkplätze und gute Beleuchtung sind wichtig, sodass sich die Leute auch sicher fühlen im Parkhaus. Wir haben die Zufahrt und Ausfahrt in der BPK gut angeschaut, weil das eben auch grosse Anliegen sind. Wir haben verschiedenste Themen angeschaut, aber das, was wir heute eigentlich beschliessen, ist eine Zusage zum Mietvertrag bzw. zum Kostenpunkt des Mietvertrags. Es geht nicht darum, ob das Parkhaus gebaut werden soll oder nicht, denn die Stadt Liestal wird einen kleinen Teil dieser ganzen Liegenschaft mieten. Es geht um die insgesamt 60 Parkplätze, die man dann nachher bewirtschaften kann. Die Besucherparkplätze können bewirtschaftet werden, von wem ist eigentlich egal. Wichtig ist, dass sie den Besuchern zur Verfügung stehen und das stellt die Stadt eben sicher mit dieser Variante. Man kann noch ganz viel dazu sagen, aber ich schliesse hier ab. Unsere Fraktion wird das Anliegen und den Antrag unterstützen.

Jonas Bischofberger (SP) informiert als SP-Fraktionssprecher, dass auch sie froh seien, dass die rechtlichen Fragen geklärt werden konnten und sind der Meinung, dass die Stadt hier eigentlich eine gute Lösung gefunden habe. Indem sie Parkplätze bewirtschaften, Preise festlegen und mitreden kann, bleibt viel Spielraum erhalten. Wir denken, es ist auch sinnvoll, dass hier ein qualitativ guter Standard angestrebt wird und in der Detailplanung wird auch an Frauen- und Behindertenparkplätze gedacht. Und es ist sehr gut, dass alle Parkplätze mit Ladestationen aufgerüstet werden können. So bleibt auch, trotz dieser durchaus sehr langen Mietdauer, viel Spielraum offen zur Veränderung in den Ansprüchen an die Form und die Menge der Parkplätze zu reagieren. Auch wenn die Zukunft der Mobilität in 30 Jahren nur schwer abschätzbar ist, ob es 2050 weniger oder andere Parkplätze braucht, ist es möglich, kreative Ideen zur alternativen Nutzung oder Umgestaltung dieser Parkplätze auch anzugehen. Vor allem ist aber wichtig, dass das Parkhaus Altstadtblick heute einen wertvollen Beitrag dazu leistet, Parkplätze von der Oberfläche im Stadtraum in den Untergrund zu verlagern. Das schafft wertvollen Platz an der Oberfläche und ermöglicht so eine Verbesserung der Lebensqualität in Liestal. Deshalb werden wir dieser Vorlage zustimmen.

Matthias Holinger (GL) orientiert als Sprecher der Grünen Fraktion, dass auch für sie der ausgehandelte Vertrag eine gute Sache zu sein scheine. Die auf den ersten Blick eher lange Mietdauer hat in der BPK sehr gut erklärt und begründet werden können. Wie hoch denn die Auslastung von den Parkplätzen sein wird, ist schwierig vorauszusagen. Uns scheint die angestrebte Nutzung oder die geschätzte Nutzung pro Tag realistisch, um die Mietkosten wieder hineinzubekommen. Und das muss schliesslich das Ziel sein. Die aufgewirbelte Frage um die 20 Besucherparkplätze ist für uns mit dem vorliegenden Schreiben des Kantons ausreichend erklärt. Wir freuen uns schon jetzt auf eine autofreie Allee und stimmen dieser Vorlage zu.

Werner Fischer (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass bereits viel gesagt worden sei. Ich möchte als Erstes noch einmal schnell allen beteiligten Personen danken, die diesen sehr guten Vertrag ausgehandelt haben. Das ist wirklich ein ganz gutes Werk und auch an Kleinigkeiten fehlt es nicht, die ausgehandelt worden sind. So beginnt die Teuerung erst anfangen zu laufen, wenn das Parkhaus auch gebaut ist. Mit den Verzögerungen, die wir momentan haben, ist dies ja nicht unwichtig. Und bezüglich den Kosten von CHF 3,1 Mio. kann man feststellen, dass die Stadt nie in der Lage sein wird, selber ein Parkhaus bauen zu können, also sind wir auch der Meinung, dass das der beste Weg ist, dass man zu Parkplätzen kommt und man die Allee freispielen kann. Diesen Platz kann man dann für etwas Schöneres gebrauchen als dort nur Autos abzustellen. Bezüglich der langen Vertragsdauer gibt es ja verschiedene Studien, wie der Verkehr in 30 Jahren sein wird, ob die Autos selbstfahrend unterwegs sind, ob die Autos dauernd unterwegs sind und gar nicht mehr abgestellt werden müssen usw. Also ich bin überzeugt, egal, wie man unterwegs sein wird, Mobilität war immer ein Thema und wird auch immer ein Thema sein. Ich bin felsenfest überzeugt, dass man auch künftige Plätze benötigt, um irgendwo das Mobilitätsgefährt hinstellen zu können. Seine Fraktion wird einstimmig dem Antrag zustimmen.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass sich keine Einzelsprechenden zu Wort melden.

Stadtpräsident Daniel Spinnler bedankt sich für das grundsätzlich positive Feedbacks. Ich habe mich noch gewundert, warum gewisse bei der SVP nicht dabei sind und die Anträge unterstützen. Aber das ist okay und das werden wir nachher in der Pause besprechen. In den sozialen Medien ist kürzlich ein fliegendes Auto thematisiert worden, welches zu einem Durchbruch kommen soll. Doch auch diese Autos haben Räder und müssen irgendwo abgestellt werden können. Also ich glaube, es fliegt nachher herum, anstatt auf der Strasse zu fahren, aber es braucht nachher einen Parkplatz. Und entsprechend wissen wir nicht, wo es hingehet. Er glaubt aber, dass wenn wir das gebaut hätten, von dem wir ja einmal davon ausgegangen sind, dann hätten wir es mehr als 30 Jahre und 40 Jahre wären ein noch längerer Zeithorizont. Also ich glaube, das ist eine sehr gute Lösung. Und besten Dank für die positive Aufnahme.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über den stadträtlichen Antrag abstimmen lässt, welcher von der BPK ebenfalls unterstützt wird.

://: Der Einwohnerrat genehmigt mit 33 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung die aus dem Abschluss des «Mietvertrages für 60 Parkplätze in der Überbauung "Altstadtblick"» resultierende Ausgabe in der Höhe von brutto CHF 3'350'700.-- (inkl. MwSt.) zuzüglich der über die 30-jährige Vertragsdauer auflaufenden Teuerung.

**3. Mattenstrasse – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Kreditvorlage für den Wasserleitungersatz (Wasserkasse) und die Strassensanierung (Einwohnerkasse) der Mattenstrasse (Nr. 2024-27)**

Peter Bürgin (FDP) stellt als BPK-Präsident den Kommissionsbericht gemäss Vorlage Nr. 2024-27 vor. Bei den Wasserleitungen aus dem Jahr 1950 besteht die Dringlichkeit, diese Leitungen zu ersetzen. Alle Werkleitungen befinden sich zusammen mit der Wasserleitung auf der gleichen Strassenhälfte. Schon 2018 ist der Strassenzustand als kritisch beurteilt worden. Das Aushubmaterial gilt als unverschmutzt, teilweise als schwachverschmutzt und kann entweder wiederverwendet oder einer Deponie zugeführt werden. Die Strassenfundation ist gut tragfähig und kann so belassen werden. Die Wasserleitung wird dann ersetzt und auf die andere Strassenseite verlegt, dadurch werden die Verflechtungen auf der bisherigen Strassenseite entlastet. Die alten Hausanschlüsse sollten ersetzt werden, wenn sie undicht sind. Nur mit der EBL bestehen ganz kleine Synergien. Der komplette Strassenbelag aus Beton und Asphalt wird erneuert und die Strassenentwässerung sowie Beleuchtung werden so belassen. Die Kostenschätzung für das Budget 2024 ist zu optimistisch, zu ungenau und mit einer alten Preisbasis gerechnet worden und somit viel zu tief gewesen. Zukünftig wird mehr Zeit in die Planung und die Ausschreibungen sowie Unternehmerangebote gelegt, bevor eine Vorlage vorgelegt wird. Die Stadt kann neben dem Rohrleitungsbau, der vorgesehen ist, keine weiteren Arbeiten wie Vermessung oder Zeichnungsbearbeitung übernehmen, weil die Ausrüstung noch dazu fehlt. Somit bestehen keine weiteren Möglichkeiten für die Reduktion der externen Kosten. Es besteht jedoch Optimierungspotenzial beim zeitigen Ersatz von Wasserleitungen, bevor höhere Reparaturkosten anfallen oder angefallen sind. Bei der Ausschreibung sind keine ökologischen Kriterien in die Auswahl der regionalen Anbieter einbezogen worden. Bei standardisierten Tätigkeiten sind nach Aussage des Bereichs Tiefbau weiche Kriterien schwieriger zu bewerten. Bei diesen eher kleinen Auftragsvolumen sollten die Unternehmer auch nicht noch mit zusätzlichen Abklärungen belastet werden. Nach Meinung der BPK sollen zukünftig ganz generell ökologische Kriterien bei der Vergabe der Aufträge miteinbezogen werden, so auch die Themen Nachhaltigkeit und Recycling, so wie der Einsatz von Fahrzeugen mit Elektroantrieben sollten einen grösseren Stellenwert bekommen. Von der BPK ist angeregt worden, dass das Ausschreibungsverfahren dahingehend zu überprüfen ist, dass vermehrt auch pauschalisierte Angebote eingereicht werden können. Die BPK ist mit der Arbeit im Bereich Tiefbau zufrieden. Das Projekt ist im zweiten Anlauf gut geplant und die Kosten sind sehr sorgfältig zusammengetragen worden. Die BPK geht davon aus, dass auch für zukünftige Projekte die Preisbasis nachgeführt wird und die Kostenentwicklung genauer im Auge behalten wird. Auch die Ökologie soll zukünftig in den Ausschreibungen und Vergabungen eine wichtige Rolle spielen. Es wird explizit aufgezeigt, dass der Bereich Tiefbau sehr konsequent daran arbeitet, eine Verjüngung des Wasserleitungsnetzes zu erzielen, dennoch kann sich die BPK eine Optimierung der Reparaturkosten vorstellen. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Matthias Holinger (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass wenn man so durch die Mattenstrasse gehe oder fahre, dann falle einem der zerstückelte Belag schon sehr auf und er habe sich schon ein paar Mal gefragt, wie dieser überhaupt so habe zustande kommen können. Dass hier Wasser stehen bleiben kann und im Winter gefriert, das liegt irgendwie auf der Hand. Und dass es auch Stolperfallen hat für Leute, die nicht mehr so gut zu Fuss sind, oder für Kinder mit Trottinett ebenso. Auch als Anwohner würde ich mich ärgern, wenn ich circa einmal pro Jahr damit rechnen muss, dass ich für ein paar Stunden kein Wasser mehr habe. Die getroffenen Vorabklärungen scheinen uns sehr sorgfältig und ausführlich vorgenommen worden zu sein. Dass man diesen vier Besitzern der Liegenschaften mit einer alten Wasserleitung offen lässt, ob sie sie sanieren möchten, vorausgesetzt natürlich, dass sie noch dicht sind, das begrüßen wir. Insgesamt sehen wir keinen Grund, gegen die notwendigen Sanierungsarbeiten zu sprechen und so werden wir dem Antrag zustimmen.

Werner Fischer (FDP) erklärt als FDP/Mitte-Fraktionssprecher, dass sie in der BPK in der aktuellen Situation immer ganz erleichtert seien, wenn sie einmal so ein Geschäft hätten wie die Mattenstrasse, denn diese sei nämlich einmal eben. Zusätzlich sind wir der Meinung und hoffen, dass dies jetzt die letzte Submission ist, die man uns in der BPK hinlegt, die ohne ökologische Kriterien ausgeschrieben wurde. Wir sind hier drin immer alle einig, dass man viel zu viel Material in die Deponie-Höhle abgeladen hat, aber wenn es darum geht, Material herauszunehmen, dann soll man es als Privater verwenden, denn bei der Stadt oder im Kanton ist noch nicht so viel Bereitschaft dazu vorhanden. Ich bin seit über 40 Jahren auf dem Bau tätig und seit 40 Jahren verbauen wir Recycling-Kies und Recycling-Material, doch beim Kanton und bei den Gemeinden hat das leider noch nicht so einen Einzug erhalten. Dass natürlich derjenige, der rechnet, nur das rechnen kann, was in der Ausschreibung steht, das ist leider so. Aber von daher hoffen wir wirklich sehr, dass die Stadt mal Nägel mit Köpfen macht. Man hat schon mehrfach gehört, wie das Umdenken stattgefunden habe. Und hier denke ich, jetzt ist es Zeit, dass die Taten folgen. Aber selbstverständlich unterstützen wir das Geschäft. Dem BPK-Präsidenten dankt er für den sehr guten Kommissionsbericht und sein offenes Ohr, welches er auch dann hat, wenn man mit neuen Vorschlägen in die BPK kommt. Die FDP/Mitte-Fraktion stimmt einstimmig diesem Geschäft zu.

Jonas Bischofberger (SP) informiert als SP-Fraktionssprecher, dass sie froh seien, dass das Geschäft in der BPK schnell habe behandelt werden können und dass mit dem Projekt gestartet werden kann. Es ist ja nicht nur ein „nice to have“, sondern es muss gemacht werden und der Bedarf daran ist ja auch schon vor längerem festgestellt worden und schon letztes Jahr war es auch budgetiert gewesen. Dementsprechend werden wir auch einstimmig diesen Krediten zustimmen, denn es ist ein wichtiges Projekt. Was wir ein bisschen bedauern, ist, dass eher hohe Beiträge für Leistungen durch externe Fachpersonen aufgewendet werden müssen. Und ebenso, wie dies auch schon ausgeführt worden ist, dass bei der Ausschreibung keine Nachhaltigkeitskriterien einbezogen wurden. Wir unterstützen die Meinung der BPK sehr entschieden, dass auf das künftig mehr geachtet werden soll. All das wirft bei uns auch die Frage auf, ob der Tiefbau denn wirklich genug Personal hat, um wichtige Sanierungsprojekte zeitnah und mit Rücksicht auf die Nachhaltigkeit durchführen zu können. Wir denken, da gibt es auch immer wieder zu prüfen, ob es langfristig nicht auch günstiger wäre, mehr eigenes Personal zu haben, um so dann vielleicht bei Externen bei den Aufträgen auch sparen zu können. Das hat aber mit dem Geschäft und der heutigen Abstimmung jetzt nichts zu tun. Wir werden dem Kreditantrag zustimmen.

Markus Rudin (SVP) hält als SVP-Fraktionssprecher fest, dass der Bereich Tiefbau das Projekt umfassend vorgestellt und alle Fragen der BPK zu ihrer Zufriedenheit beantwortet habe. Unsere Fraktion ist einstimmig für die beiden Anträge des Stadtrats.

Sonja Niederhauser (GLP) meint als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion, dass auch sie das Geschäft in der Fraktion kurz besprochen hätten, der Bedarf sei jedoch unbestritten. So wie die Strassenoberfläche aussieht, dürfte diese unter dem Boden nicht besser sein. Es ist gut, wenn wir hier eine gute Lösung finden und eine saubere Sache haben, weshalb man dem Antrag zustimmen wird.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass sich keine Einzelsprechenden zu Wort melden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Unterstützung des Projekts Mattenstrasse, das dringend nötig ist. Ihr merkt auch, es hat irgendwo noch geheissen, so lange sollte man eigentlich nicht zuwarten, um etwas zu flicken. Aber wir haben ein Investitionsprogramm, wo natürlich Dringlichkeit und Synergiemöglichkeiten eine wesentliche Rolle spielen, ob man etwas macht oder ob man etwas noch aufschieben muss. Und das ist hier bei der Mattenstrasse jetzt dringend gegeben gewesen, damit etwas passiert. Was wichtig gewesen ist, ist gerade im Wasserbereich, dass man weiss, mit wem man es zu tun hat. Ihr erinnert euch vielleicht

wieder an die Mehlschweissung. Und deshalb ist man im Bereich der Wasserversorgung besonders vorsichtig bezüglich einer offenen Ausschreibung, weshalb man meist im Einladungsverfahren ausschreiben. Aber wir nehmen gerne die Aufforderung in Bezug auf Recyclingprodukte mit. Alle Projekte, welche wir im Moment anschauen, werden im Moment auch auf die Umweltkriterien angeschaut und dies bei den Ausschreibungskriterien berücksichtigt. Was vermutet wird und was leider auch schon bei anderen Ausschreibung der Fall gewesen ist, dass man praktisch nur noch eine Ausschreibung hat. Und dann muss man schauen, wie man damit zurecht kommt. Bevor wird mit einer Vorlage in den Einwohnerrat kommen und die Baumeisterarbeiten ausschreiben ist dies aber eine Möglichkeit, vorab zu prüfen, ob es überhaupt ein Angebot gibt.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden und er nun über den Stadtratsantrag abstimmen lässt, welcher von der BPK unterstützt wird. Er lässt über die beiden Kredite abstimmen.

://: Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig den Bruttokredit für die Sanierung der Mattenstrasse in der Höhe von CHF 270'000.-- (+/- 10%) inkl. MwSt. zu Lasten der Einwohnerkasse (Investitionskonto-Nr. 6150.5010.0374, «Mattenstrasse Strassensanierung, Realisierung») sowie den Bruttokredit für den Ersatz der Wasserleitung in der Höhe von CHF 230'000.-- (+/- 10%) exkl. MwSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Wasserversorgung (Investitionskonto-Nr. 7101.5030.0375, «Mattenstrasse Wasserleitungersatz, Realisierung»).

**4. Sportanlagen-Zugänglichkeit – Postulat betreffend Zugänglichkeit der Sportanlagen während der Schulferien» von Domenic Schneider und Sonja Niederhauser der GLP/EVP-Fraktion, Anita Baumgartner der Grünen Fraktion, Florian Sennhauser der FDP/Mitte-Fraktion und Marius Ziegler der SVP-Fraktion (Nr. 2024-25)**

Stadträtin Pascale Meschberger erklärt, dass der Stadtrat sehr gerne bereit sei, das Postulat zu übernehmen. Wir freuen uns immer über die Tätigkeit bei uns in Liestal von den Sportvereinen, sei es im Breitensport, aber auch im Wettkampfsport. Der Grund, warum bis jetzt die Hallen nicht immer zur Verfügung gestanden sind während der Ferien hat aber mit personellen Ressourcen zu tun. Wir müssen also überlegen, wie wir das am besten regeln können, ohne dass wir unsere Anlagen gefährden würden.

Domenic Schneider (GLP) dankt als Postulant bereits jetzt den Stadträtinnen und Stadträten für die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Das freut mich sehr, weil ich einfach ein paar Stimmen aus der Bevölkerung habe. Die eine sagt nämlich, ein Hauswart: «Bei uns kann man schon lange in die Turnhalle während der Ferien, das ist doch gar kein Problem!». Eine Turnerin sagt: «Wir würden gerne trainieren gehen, aber während der Ferien sind die Hallen zu.» Was ist denn jetzt eigentlich? Das ist einfach nicht so klar. Der Hauswart sagt mir, er müsse sowieso immer den Kontrollgang machen, wenn die Vereine draussen sind, denn entweder sie lassen das Wasser an, das Fenster bleibt offen oder das Licht bleibt an. Vereinspräsidentinnen und -präsidenten sagen, sie seien bereit, Verantwortung zu übernehmen und zu garantieren, dass die Hallen korrekt verlassen werden. Und die Vertretenden anderer Gemeinden haben mir gesagt, bei uns klappt das problemlos und man könne sich auf die Vereine verlassen. Und das ist glaube ich der Grund, warum wir schon froh sind, wenn der Stadtrat hier hinschaut und sich überlegt, wie können wir das sicherstellen, dass die Hallen sauber verlassen werden und dass nicht irgendetwas passiert. Die Vereine sollen aber trotzdem mit möglichst einem vernünftigen Aufwand zu diesen Hallen gehen können, ohne dass dann jeden Abend noch Hauswartinnen und Hauswarte durch alle Hallen laufen und Kontrollgänge machen müssen, denn da sollten wir uns auf die Vereine verlassen können.

Florian Sennhauser (FDP) hält als Mitpostulant fest, dass die Stadt Liestal über die höchste Turnhallendichte im Kanton verfüge, doch während der Schulferien bleiben die städtischen Hallen geschlossen bleiben. Dabei zeigt gerade das Beispiel der kantonalen Turnhallen in Liestal, dass die Nutzung während der Schulferien möglich ist. Ebenso zeigt sich das auch in zahlreichen anderen Gemeinden in der Schweiz. Es stellt sich also die Frage, warum das nicht auch bei den Turnhallen der Stadt Liestal möglich sein sollte. Vielleicht hat man das Bedürfnis in der Vergangenheit nicht auf dem Schirm gehabt, deshalb möchte man das mit dem Postulat einmal aufs Neue aufgreifen. Die Öffnung der Sportanlagen während der Schulferien ist wahrscheinlich mit geringem organisatorischem Aufwand verbunden, würde aber einen grossen Mehrwert für die Bevölkerung schaffen. Nicht alle Familien können sich teure Alternativprogramme in den Ferien leisten und viele Vereine sowie Hobbysportler wären froh, weiterhin trainieren zu können. Gerade Vereine, die diese Anlage bereits während des Jahres regelmässig nutzen, sollten diese Möglichkeit auch in den Ferien haben. Aus meiner Sicht unabhängig davon, ob sie wettkampforientiert sind oder den Sport nur zur Freizeitgestaltung nutzen. Das Argument der höheren Kosten aufgrund der zusätzlichen Hauswartung greift meiner Meinung nach nur bedingt. Die Hauswarte haben, anders als die Schulkinder, keine 12,5 Wochen Ferien und sollten deshalb wenigstens den Tag durch auf dem Schulgelände verfügbar sein. Eine pragmatische Lösung wäre daher möglich und ist bereits in anderen Gemeinden erprobt. Liestal hat hier eine Chance, eine bestehende Infrastruktur effizienter zu nutzen und so das Vereins- und Breitensportsangebot nachhaltig zu stärken. Ich bitte euch deshalb, dem Postulat zuzustimmen und die Opportunität durch den Stadtrat prüfen zu lassen.

Marius Ziegler (SVP) ist es als Mitunterzeichner des Vorstosses auch ein Anliegen und als ehemaliger Handballspieler begrüsse er das sehr, dass man die Turnhalle wirklich über das ganze Jahr zur Verfügung stellen könnte. Es ist damals schon immer für uns ein Ärgernis

gewesen, dass das nicht gegangen ist und das wäre wirklich wünschenswert. Ich habe auch Kontakt gehabt mit mehreren Vereinen, also nicht nur mit meinen ehemaligen Handballkollegen, und sie würden das alle sehr begrüßen. Sie sind auch alle bereit, Verantwortung zu übernehmen, sei es bei der Hallenschliessung, beim Fenster schliessen, Wasser abstellen usw. Was mir auch noch wichtig ist, in der Begründung steht hier Wettkampfsportler, aber wir haben ja diverse andere Vereine, die nicht auf einen Wettkampf trainieren und sich einfach sonst treffen. Ich denke auch, dass man für die Vereine oder für die Organisationen die Halle offen haben soll.

Florian Abt (SP) erklärt als SP-Fraktionssprecher, dass sie es wichtig fänden, die erwähnten Fragen zu klären. Für die SP ist es ein zentrales Thema, dass man Raum nicht leer stehen lässt, sondern nutzt, wenn immer das möglich ist. Auch erschwerend sehen wir, dass bei der Organisation, dass es ja geplant werden muss, dass Reinigungspersonal und auch der Schulabwart vor Ort sind, die zum Beispiel in den Sommerferien nicht nur Ferien machen, sondern auch das Schulhaus putzen. Das kommt ja auch noch dazu. Das könnte diesen Vorhaben im Weg stehen. Wichtig finden wir, dass man sich von anderen Gemeinden inspirieren lässt, man muss nicht immer alles neu erfinden, sondern können Sachen übernehmen. Der kritische Punkt an dem Ganzen ist für uns noch gewesen, dass wenn man das Training wirklich während der Schulferien auch weiterlaufen lässt, dass keine Erholungspausen für Kinder entstehen und sie dem Druck ausgesetzt werden, dass sie auch während der Schulferien weiter trainieren müssen, was zu einer Belastung der Kinder führen könnte. Wir als Fraktion sind grossmehrheitlich für die Überweisung des Postulats.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat «Sportanlagen-Zugänglichkeit» (Nr. 2024-25) wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

**5. Plastikverpackungen-Kreislauf – Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» von Domenic Schneider der GLP/EVP-Fraktion (Nr. 2024-26)**

Stadträtin Marie-Theres Beeler erklärt, dass die Stadt bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen. Wir können allerdings nicht auf alle differenzierten Fragen, die wir auf Bundesebene stellen müssten, Stellung nehmen. Ohne Budget sowieso nicht zu diesen umfassenden Aspekten, die dort genannt werden und die differenziert untersucht werden sollen. Die ganzen wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte werden also nicht aufgrund von Studien eruiert sein, wie sie hier formuliert werden. Aber wir sind gern bereit, das neu anzuschauen. Bis jetzt hat der Stadtrat die Meinung vertreten, dass Mischplastik-Sammlungen unter den gegebenen Umständen nicht ökologisch sind, kurz und bündig gesagt. Dies, weil es keinen Markt gibt, um Recycling nicht nur zu machen, sondern auch wiederzuverwerten. Und was auch das Problem ist, dass mit dem Sack mit dem Plastiksackinhalt am Strassenrand einfach auch eine Gewissensberuhigung betrieben werden kann, indem man einfach plastikverpackte Sachen kauft, die man auch anders haben könnte. Das ist auch ein Aspekt, der zu berücksichtigen ist. Die Öko- und Kostenbilanz bleibt streitig. Wir schauen, was sich verändert hat und was wir jetzt ohne zusätzliche Stellen in Erfahrung bringen können. Wir werden aber auch der Frage nachgehen, inwiefern man nicht nur den Kindern Littering-Kurse anbietet, sondern auch für Erwachsene Anreize bieten könnte, auch von Seiten der Stadt weniger Plastik zu brauchen usw. Die Vermeidung kommt vor dem Recycling, das ist ein wesentlicher Punkt an dieser ganzen Geschichte. Und der zweite Punkt ist, dass es eigentlich ein Kreislauf ist wie beim Wasser, das wir brauchen. Das kaufen wir der Stadt ab und es gibt natürlich einen Recyclingkreis, der schon am Anlaufen ist zwischen der Kundschaft und den Grossverteilern, die das eigentlich schon angekurbelt haben. Und es ist die Frage, inwiefern das Gemeinwesen diesbezüglich eine Verantwortung haben soll, das Recycling, welches es eigentlich schon gibt und bei dem wir nicht immer wissen, ob es ökologisch ist oder nicht, noch zu ergänzen. Sie habe zur Übernahme des Vorstosses schon viel gesagt, doch gewisse Bedingungen sollte man schon vorher kennen.

Domenic Schneider (GLP) meint als Postulant, dass er ergänzend zu den Ausführungen von Stadträtin Marie-Theres Beeler sagen wolle, dass das Vermeiden von Plastik sowieso das Beste sei. Aber man hat tatsächlich heute in der Schweiz ungefähr 790'000 Tonnen Kunststoffabfälle. Ungefähr 9% davon werden rezykliert und der Grossteil wird in Kehrichtverbrennungsanlagen entsorgt, also verbrennt und nachher die Schlacken davon deponiert. Also wir haben irgendwo Handlungsbedarf, wenn wir von einem Kreislauf sprechen. Ob jetzt das RecyPak, das ich im Postulat erwähne, die richtige Lösung ist, das weiss ich auch nicht. Aber vielleicht kommt der Stadtrat mit einer coolen Lösung oder mit einer coolen Idee, deswegen heisst es ja auch so schön bei Postulaten, dass diese geprüft und darüber berichtet werden soll. Ob des Sinn macht oder nicht und über die weiten Wege ist in der Vergangenheit schon oft diskutiert worden. Man muss aber schon sehen, dass zum Beispiel in Rheinfelden, gerade über der Grenze hier, ist Firma Vogt Plastik GmbH über eine hochmoderne Sortieranlage für Kunststoffrecycling verfügt. Entsprechend haben wir kurze Wege und diese Firma macht Granulat daraus, welches man für Kunststoffverpackungen wiederverwerten kann. Ja, auch die können nicht 100% recyceln, das ist vor allem dann, wenn mehrschichtige Verpackungen da sind. Ein weiterer Punkt, den man auch immer wieder hört, ist, dass der normale Abfall dann teurer wird, denn der brennt ja dann ohne Plastik schlechter und dann will die KVA Basel mehr Geld, weil der Abfall weniger gut brennt. Aber auch dort gibt es Studien, die zeigen, dass eine effiziente Abfalltrennung und Verwertung langfristig zu Kosteneinsparungen führen kann. Und was auch noch kommt, was der Stadtrat ja nicht unbedingt auswendig kennen muss ist die EU-Gesetzgebung, welche seit dem 11. Februar 2025 in Kraft und am 12. August 2026 verbindlich in der EU: Beim Packaging and Packaging Waste Regulation, PPWR genannt, geht es darum, dass Verpackungen recyclingfähig sein müssen und auch mehr recycelt werden muss. Ja, das ist eine EU-Bestimmung, aber wir kennen ja auch alle die Pet-Fläschchen mit den sympathischen Deckeln oben drauf. Und was in der EU kommt, das haben wir in der

Schweiz über kurz oder lang auch. Also wir sind zwar eine Energiestadt ohne Energiestadt-Label, aber wir können sicher eine aktive Rolle einnehmen und auch eine proaktive Lösung einführen. Und daher freue ich mich, wenn ihr das Postulat unterstützt, damit der Stadtrat auch anschauen, prüfen und berichten kann, ob es denn nun Sinn macht oder eben nicht.

Peter Küng (SP) führt als SP-Fraktionssprecher aus, dass er gerade zum Anfang mit der Vermeidung von Plastik beginnen. Ich würde euch gerne ein Filmchen in den Kopf geben. Wir gehen zusammen in den Grossverteiler, egal ob Migros oder Coop. Wir kommen hinein, kommen zum Gemüse und den Früchten, alles eingepackt in Plastik. Wir gehen zur linken Seite, die Convenience, was alles auch in Plastik eingepackt ist. Gehen wir weiter nach hinten zum Fleisch, auch dort ist alles eingepackt in Plastik. Auch der Käse ist leider auch schon grösstenteils in Plastik eingepackt. Auch die Getränke sind in Plastik eingepackt. Denkt doch beim Thema Vermeidung über dieses Bild, wenn wir nun darüber sprechen, ob das wirklich im Interesse der Detaillisten und grossen Geschäfte ist. Ich komme ja selber aus dem Fach und muss sagen, dass Plastik natürlich für Detaillistinnen und Detaillisten toll ist, sei es bei der Hygiene, beim Personal, beim Geld einsparen usw. Dann möchte ich einen anderen Aspekt reinbringen bezüglich unserem Abfallreglement, welches 1992 beschlossen wurde und nun doch auch schon 33 Jahre alt ist. Die Abfalldiskussionen sind moderner heute und ich glaube, es wäre auch dort die Möglichkeit, dass man sich vielleicht einmal hinter das Abfallreglement setzt und sich die neusten Gegebenheiten vielleicht einmal anschaut, wie man heute mit Abfall umgeht. Dann haben wir auch einen nächsten Aspekt, denn wir haben eine neue bewilligte Stelle für die Nachhaltigkeit. Ich glaube, so ein Abfallwerk wäre gerade ein sehr spannendes Projekt für eine Mitwirkung dieser Stelle. Ich habe mich ein etwas herumgehört. Ich habe eine Tochter, die in Aesch lebt und dort gibt es eine Plastik-Sammlung. Spannenderweise ist dort ganz etwas "birnenweiches" entstanden, denn der Plastikabfall ist teurer als der Schwarzabfall. Also wenn man trennt, zahlt man mehr für den Plastik, als wenn man es in den Schwarzabfall tun würde, also solche Sachen sind ein bisschen paradox und dort muss man sich dann vielleicht auch überlegen, ob nicht eine Lenkungsabgabe sinnvoll wäre. Dadurch, dass ich mich bei den «Trash Heroes» engagiere, möchte er etwas ganz Wichtiges mit auf den Weg geben. Seit dem 1. Januar haben sich die Detaillisten endlich zusammengetan zu einer Firma, die eigentlich zuständig für diese Problematik ist. Ihr wisst alle, die einkaufen gehen, dass das nicht stattfindet, obwohl man eigentlich seit dem 1. Januar verpflichtet wäre, doch man macht es nicht. Und wer weiss warum? Dann noch ein anderer wichtiger Aspekt, was von Domenic Schneider (GLP) schon erwähnt wurde. Ein Grossteil des Plastiks wird leider verbrannt und ein grosser Teil geht auch ins Ausland, wo man nicht weiss, wo es hingeht. Wenn man gerade vor kurzem eine Dok vom Schweizer Fernsehen angeschaut hatte, konnte erfahren, dass ein Teil des Plastiks aus Europa in Ghana landet und dort einfach auf grossen Müllhalden landet. Doch wir wollen nicht, dass der Plastik dort hingeht. Auch vergisst man beim Plastikrecycling und beim Abfallreglement den Abfall von Kleidern. Leider bestehen unsere Kleider zu einem grossen Teil aus Plastik. Ich will jetzt nicht eine Umfrage machen, wie viel Plastik wir alle hier am Körper haben, aber das ist zum Beispiel ein Wertstoffrecycling, das sehr schlecht ist und diesbezüglich könnte man sich vielleicht auch noch Gedanken machen. Grundsätzlich zu diesem Vorstoss: Wir sind sehr froh, dass dieser Vorstoss kommt und dass die Thematik auf dem Tisch ist. Ich glaube, man muss es gut anschauen und wir unterstützen den Vorstoss einstimmig.

Michael Durrer (GL) meint als Sprecher der Grünen Fraktion, nachdem man heute schon einmal zurückgegangen sei in der Geschichte des Einwohnerrates habe auch er eine kleines „déjà vu“ bei der Sichtung von alten Protokollen gehabt. Und zwar haben wir im März 2016 das Postulat „Plastikabfälle wiederverwerten“ von unserem heutigen Stadtpräsidenten behandelt. Da drin ist unter anderem: „Die gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich des Kunststoffrecycling werden intensiv verfolgt. Ziel ist es, möglichst zeitnah ein sinnvolles kommunales Angebot für gemischte Kunststoffabfälle anzubieten.“ Also das hat dort der Stadtrat gesagt und unter anderem hat er, Michael Durrer (GL), dann gesagt, man sehe das Potenzial, doch soll man noch warten, weil es komplex sei und man schauen solle, was die anderen Gemeinden machen, wobei eine zeitnahe Lösung aber sinnvoll und wünschenswert wäre. Vor 9 Jahren ist das gewesen, also zeitnah ist es definitiv nicht mehr und jetzt kann man sich fragen,

warum haben wir als Grüne nicht wieder nachgehakt bei diesem Thema und wieso haben wir bei diesem vermeintlich sehr grünen Anliegen auch jetzt wieder in der Fraktion sehr lange diskutiert, was man mit dem Vorstoss machen möchte. Wir haben es schon ein bisschen gemerkt aus den Voten vorher, es ist einfach ziemlich kompliziert das Ganze. Aus ökologischer Sicht ist der Effekt relativ gering. Also im Vergleich zum Bereich Mobilität, Wohnen und Ernährung haben die Verpackungen einen relativ kleinen Anteil und spielen nicht eine grosse Rolle, was die Auswirkungen auf die Umwelt pro Person angeht. Und beim Essen ist eben nicht die Verpackung eigentlich ausschlaggebend, sondern das, was in der Verpackung drin ist. Also bei Fleisch in einer Plastikschiene oder einer Gurke in einer Plastikfolie macht die Verpackung nur gerade 2 % aus, denn 98 % machen die Produktion bzw. der Inhalt aus. Peter Küng (SP) hat vorhin ein Bild kreiert, doch ist es einfach so, dass Lebensmittel mit Plastikverpackungen so haltbarer gemacht werden, was Food Waste wiederum reduziert. Das ist nämlich auch wieder ein Effekt der Plastikverpackungen und es ist einfach sehr kompliziert, was da alles mitspielt. Dann ist es durchaus so, dass Plastikrecycling zu mehr Achtsamkeit oder zu einem Bewusstsein führen kann bei den Leuten. Es kann aber auch genau das Gegenteil bewirken, so einen Rebound-Effekt, wie man das auch bei anderen Orten kennt. So sagt man sich, dass ich ja keine Plastikschiene habe und ich entsorge Pet, womit ich mir auch wieder einen Flug leisten kann. Auch dort gibt es beide möglichen Effekte und wir haben es gehört, das einzige wirkliche Mittel ist die Vermeidung von Abfall. Dann gibt es nach wie vor auch nicht wirklich eine Möglichkeit, alles sortenrein zu sammeln, denn das wäre die Voraussetzung für eine möglichst hohe Recyclingquote. Aber es hat sich in diesen 9 Jahren, seit wir das diskutiert haben, sind die Systeme der verschiedenen Anbieter auch laufend besser geworden und ich gehe davon aus, dass es auch Weiterentwicklungen geben wird. Aus dem Grund, weil es ja auch um die Abklärung geht, wie das jetzt nach 9 Jahren aussieht, sind wir für die Überweisung des Vorstosses. Wir sind gespannt auf die Haltung und Antwort des Stadtrates. Noch einen kleinen Hinweis zum Postulat. Da werden viele Punkte wie Kosten, Umweltaspekte, Methoden usw. aufgenommen. Und dann heisst es, das soll man untersuchen, analysieren und prüfen. Einfach als Hinweis: Es gibt mittlerweile wirklich zu all diesen Sachen eigentlich relativ gute Studien und Zahlen, so dass man nun nicht noch selber irgendwelche Forschungsarbeiten machen muss. Also ich glaube, man kann das wirklich auch fundiert und umfassend beantworten, wenn man einfach schaut, was es denn bis anhin schon gibt.

Simon Wiesner (SVP) informiert als SVP-Fraktionssprecher, dass die SVP das Postulat unter Vorbehalt unterstütze. Wir möchten beim Punkt Kostenanalyse noch präzisieren, dass man wirklich genau prüfen soll, ob das wirklich ein positiver Business Case ist, der nicht einfach in der Theorie gut klingt, aber in der Praxis eigentlich gar keinen Kostenvorteil bringt. Wenn man den Plastik getrennt sammeln würde, er dann aber trotzdem in der Verbrennung landet, wäre das ja auch nicht der Sinn der Sache. Denn Plastik ist nicht gleich Plastik. Man kann wirklich nur mit hochwertigem Plastik, der auch sauber getrennt ist, Geld verdienen und wieder recyceln. Deshalb ist seine Fraktion für die Überweisung an den Stadtrat.

Yvonne Ballmer (Mitte) hält als Sprecherin der FDP/Mitte-Fraktion fest, dass auch sie sehen würden, dass das ganze Plastikrecycling kritisch sei. Alle schon erwähnten Aspekte sind komplex und nicht alle Plastiksachen können recycelt werden. Auf keinen Fall möchten wir, dass der Plastik ins Ausland exportiert wird. Wir sind aber auch für die Überweisung des Postulats, um all die gesagten Sachen prüfen zu können.

Domenic Schneider (GLP) dankt als Postulant vielmals für die interessanten Ausführungen. Zum Einsparen von Plastik bzw. den Plastikschienechen, die man im Detailhandel bekommt, habe er auch schon Erfahrungen gemacht. Ich habe jeden Tag in Bern, wenn ich das Mittagessen geholt habe am Morgen, das Plastikschienechen mitgenommen und habe das ohne zu überlegen in den Kübel entsorgt. Dann habe ich für das Plastikschienechen 5 Rappen bezahlen müssen. 5 Rappen sind ja nichts. Aber das war der Moment, in dem das Stückchen Plastik einen Wert bekommen hat und ich habe das Plastikschienechen etwa 3 oder 4 Monate immer wieder gebraucht. Das Bewusstsein schaffen gehört unbedingt dazu und damit sollte schon in den Schulden begonnen werden.

Florian Sennhauser (FDP) möchte nur noch eine Aussage klarstellen, die er korrigieren möchte. Das KVA ist übrigens keine Kehrlichtverbrennungsanlage, sondern eine Kehrlichtverwertungsanlage. Diese Bemerkung vielleicht auch noch als weiterer Gedankenanstoss.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Zustimmung in dem Sinne und in dieser kritischen Art und Weise aus unterschiedlichen Perspektiven. Und so würden sie das entgegennehmen und schauen, was auf der Ebene eines Gemeinwesens sinnvoll damit herausgefunden werden kann. Auch wie man einerseits die Ökologie gewichten kann und auf der anderen Seite dann auch die Zuständigkeit in Erfahrung bringen kann für ein mögliches Plastikrecycling.

Stadtpräsident Daniel Spinnler kann es nicht unterlassen, auch noch etwas dazu zu sagen, zumal er vorhin auch zitiert wurde. Also ich habe ja das erwähnte Postulat eingereicht und dieses ist dann beantwortet worden, als er Stadtrat war. Ich habe mich mit dieser Thematik natürlich auch an der Hochschule beschäftigt. Es ist tatsächlich so, dass wenn das Zeug kaputt geht und wir etwas Plastik einsparen, dann haben wir nachher mehr verloren als gewonnen. Ich möchte noch etwas sagen zu den Erwartungen des Postulanten. Also mit diesen 5 Rappen beim Plastiksäckchen, das hat einen Impact, weil im Verhältnis zu dem, was das Säckchen wert ist und zu den Kosten, das ist eine Reaktion. Aber es gibt auch ganz klar Statistiken und das haben wir auch angeschaut: Wenn ihr eine Lenkungsabgabe erreichen wollt, weil wir den Abfall wegmachen müssen, weil er eben überall von der Verpackung usw. herkommt, fällt der Abfall an und dass wir dann die Verhaltensänderung nachher haben über die Abfallgebühr und über eine Lenkung, das wird nicht funktionieren und ist schon zu spät, denn dies müsste viel vorher passieren. Und du hast das Podium angesprochen, ich mag mich noch sehr gut daran erinnern. Ich war Referent an dem Podium, das ihr damals organisiert habt, und ich mag mich noch sehr gut erinnern, wie die Plastikrecyclingindustrie gekommen ist. Und zuallererst hat ein braun gebrannter Marketingmensch von dieser Firma einen Vogel gezeigt, der im Öl schwimmt und gesagt, dass es toll sei, dass man jetzt die private Recycling-Geschichte habe. Und das muss man nämlich auch noch einmal in Erinnerung rufen: Der Abfallsack, den du vorhin erwähnt hast, das ist nicht die Gemeinde, sondern das sind Private, die das anbieten. Dann kauft man irgendwie für CHF 2.40 oder so einen Sack, der dann schlussendlich nach Irgendwo transportiert wird. Die CHF 2.40 fehlen dann nachher auch wieder in der Abfallkasse, denn wir verkaufen ja Volumen, zahlen dann aber nach Gewicht. Und er hat auch noch schnell das Abfallreglement angeschaut, welches letztmals im Jahr 2021 angepasst wurde und als nicht schon 33 Jahre alt ist und nichts geändert wurde. Wir bleiben also am Ball und beobachten es weiter. Das Postulat thematisiert ein spannendes Thema, welches der Stadtrat gerne genau anschauen wird. Es ist nach wie vor komplex und ich muss einfach noch einmal sagen, dass die Einflussmöglichkeiten einer einzelnen Gemeinde sehr klein sind.

Marius Ziegler (SVP) möchte auch noch schnell etwas sagen. Ich komme ja aus dem Lebensmittelbereich, wo wir sehr strenge Vorschriften haben. Wir haben jetzt von den Verpackungen gesprochen, die wir alle in den Einkaufszentren sehen. Ich sehe noch viel mehr Verpackungsmaterial, bei den angelieferten Rohmaterialien, die angeliefert werden. Und dann haben wir auch vom Lebensmittelgesetz her sehr strenge Vorschriften. Man muss doch auch wirklich einmal die Klammern aufmachen und alles anschauen, was den anfallenden Plastik bei den Betrieben sowie KMU's betrifft und nicht nur die Sicht von Privaten anschaut.

Daniel Jurt (SVP) möchte kurz erwähnen, dass dort man einkaufen gehe, habe es ja Sammelstellen für Pet und Plastik. Man könnte es ja dort entsorgen, bevor man eine Riesenorganisation macht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat «Kreislaufwirtschaft für Plastikverpackungen und Getränkekartons in Liestal» (Nr. 2024-26) wird mit 37 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

## 6. Fragestunde

### 1. Frage / Eva Eugster (FDP) – Veloständer hinter dem Rathaus

Seit der letzten Fasnachtsveranstaltung, „dem Cherus“ sind mittlerweile bereits 3 Wochen vergangen. Wie kommt es, dass ein Veloständer hinter dem Rathaus immer noch nicht wiedermontiert worden ist, stattdessen einfach vor einen anderen bereits montierten Veloständer hingestellt worden ist?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Wie es gekommen ist, kann ich nur mutmassen. Ich glaube, da hat jemand aufgehört zu putzen, hat einen angeschraubt und der andere ist einfach nicht mitgekommen. Aber ich kann euch versichern, dank deinem Vorstoss hat man geschaut und sich gefragt, warum ist der noch nicht angemacht worden. Zwischenzeitlich ist er aber montiert worden.*

### 2. Frage / Denise Meyer (SVP) – Szene auf dem Wasserturmplatz

Die Situation bei der Bushaltestelle am Wasserturmplatz ist unhaltbar. Buspassagiere können oft nicht mehr bei den Sitzbänken warten, weil sie durch die Szene belegt werden. Zudem wird man halber bekifft, wenn man in der Nähe auf den Bus wartet.

Frage: Wann schreitet die Stadt endlich ein, um wieder normale Verhältnisse zu schaffen?

*Stadträtin Pascale Meschberger: Wir haben es schon ein paar Mal diskutiert, seit mehr als einem Jahr ist das immer wieder einmal ein Thema. Es sitzen Leute auf dem Wasserturmplatz, effektiv manchmal mehr, manchmal weniger. Jetzt, wo es so schön ist, vielleicht auch ein bisschen mehr. Sie unterhalten sich dort, sie konsumieren auch und manchmal diskutieren sie ein bisschen lauter. Aber es liegt kein strafrechtlich relevantes Verhalten vor, sodass wir kein Recht haben, diese Leute wegzuweisen und wir haben auch kein Recht, ein Platzverbot auszusprechen. Diese Menschen sind genauso Teil unserer Gesellschaft wie wir alle und sie haben genau das gleiche Recht, sich dort aufzuhalten, wo sie wollen, also im öffentlichen Raum. Die Abteilung für Sicherheit und die Polizei sind aber ganz eng in Begleitung dort und regelmässig im Kontakt. Und wir überlegen auch mit ihnen gemeinsam, wie wir weiter vorgehen können oder ob es auch einen anderen Platz gibt, wo sie sich wohlfühlen könnten. Aber grundsätzlich haben sie halt das Recht, dort zu sein.*

### 3. Frage / Denise Meyer (SVP) – Spitalstrasse

Ob mit dem Bus oder mit dem PW, fährt man durch die Spitalstrasse, wird man richtig durchgeschüttelt. In den Bussen sind auch schon Leute gestürzt.

Frage: Wann wird diese Strasse endlich saniert?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Ja, wir sind an einem Sanierungsprojekt Spitalstrasse. Man kann nicht einfach dort ein bisschen Asphalt darüber leeren, damit es wieder eben ist und es gibt noch schlimmere Löcher. Aber wichtig ist, man saniert die Strasse wirklich, wenn man den Untergrund sicher machen kann. Wenn man die Werkleitungen erneuert, wenn man auch noch mit der EBL schauen kann, ob es noch Synergien gibt. Beim Rösersbach ist auch noch das Problem, dass dort Wasser hineindrückt, also man braucht ein bisschen länger, um den Untergrund und die Foundation ganz genau anzuschauen. Aber das ist so weit fortgestritten, dass es demnächst in der Stadt auch vorgestellt werden kann und das Ziel ist, dass es dieses Jahr auch noch in den Einwohnerrat kommt. Aber wenn wirklich Löcher in der Strasse sind, dann wird einfach Teer darauf gemacht, dass niemand hineingeht oder stolpert, aber das ist wirklich bei groben Löchern und nicht einfach bei Unebenheiten, die es in Liestal überall gibt.*

4. Frage / Denise Meyer (SVP) – Goldbrunnen-Wohnblöcke

Zustand katastrophal. Wird von Tag zu Tag schlimmer. Eine Zumutung für Bewohner und Anwohner.

Frage zum x-ten Mal: Wann sieht der Stadtrat endlich ein, dass dringender Handlungsbedarf ist?

*Stadtrat Daniel Muri: Die gleiche Frage ist in der Fragestunde vom 29.05.2024 gestellt und vom Stadtrat wie folgt beantwortet worden: Gemäss EP 2024 bis 2028 ist die Sanierung in Abstimmung der Prioritäten mit den finanziellen und personellen Ressourcen auf später verschoben.“ Das steht auf Seite 86. Der Stadtrat wird dann im EP 2025 bis 2029 mit dem Investitionsprogramm am 25. Juni ein erstes Mal beraten. Im EP 2025 bis 2029 hat der Stadtrat sein Vorgehen auf Seite 91 dargelegt. Im kommenden Jahr muss der Stadtrat Grundsatzentscheide zu den Goldbrunnenblöcken fällen. Sollen die Goldbrunnenblöcke langfristig im Besitz der Stadt verbleiben? Welches Ziel verfolgt der Stadtrat mit diesem Besitz? Und aufgrund all dieser Abwägungen werden wir dieses Jahr sicher zu einem Ergebnis kommen, was man mit diesen Golbrunnen-Blöcken machen würde, ob sie in den Heimfall gehen, das Land gehört der Bürgergemeinde, ob wir sie sanieren oder was auch immer. Aber wir sind jetzt dran und ich verstehe und weiss, was du meinst.*

5. Frage / Denise Meyer (SVP) – Sprayereien

In den letzten Wochen haben die Sprayer/innen wieder zugeschlagen. Dutzende von öffentlichen und privaten Gebäuden wurden besprayed. Grosse Sanierungskosten für Private und die öffentliche Hand. So kann es nicht mehr weitergehen. Wenn die Parkzeit 10 Minuten überzogen wird, erhält man eine Busse. Die Sprayer/innen können ohne Konsequenzen ihr Unwesen treiben.

Frage: Wann greift der Stadtrat durch griffige Massnahmen endlich durch?

*Stadträtin Pascale Meschberger: Wir glauben, dass hier etwas Äpfel mit Birnen verglichen werden. Es wäre fast ein Kompliment, wenn wir es schaffen würden, jede und jeden, der falsch parkiert, innerhalb von 10 Minuten zu erwischen, aber nur so nebenbei. Bei den Sprayerinnen und Sprayern ist es natürlich ein bisschen komplizierter und wir sprechen hier nicht unbedingt von den Kunstwerken, die gesprayed werden, sondern vor allem von diesen Tags und die werden innerhalb von Sekunden bis Minuten angebracht zu irgendeiner Tages- und Nachtzeit an irgendeinem Ort. Die Polizei ist sehr aufmerksam. Wir wissen, dass es ein Problem ist, es ist nicht ein Liestaler Problem, es ist grundsätzlich auf der ganzen Welt ein Thema, man versucht, denen auch nachzugehen. Was in Liestal ein bisschen speziell ist, da wissen wir sogar ein bisschen, es gibt vor allem gewisse Gruppierungen, die uns bekannt sind, die das mutwillig auch als Sachbeschädigung machen, effektiv. Die sind der Antifa nahe und dort ist die Polizei effektiv dran, in einer Arbeitsgruppe dagegen anzugehen, aber es ist natürlich wirklich nicht einfach. Was man sagen und betonen kann, wenn mal jemand erwischt wird, und sie sind auch zum Teil schon erwischt worden, ist es ein teurer Spass. Also gerade wenn sie jung sind oder auch wenn sie älter sind, die Schulden würde ich dann auch nicht tragen wollen. Also es lohnt sich nicht, solche Tags anzubringen.*

6. Frage / Denise Meyer (SVP) – Stabhof

Der Umbau des Stabhofes verzögert sich laufend. Dadurch kann der öffentliche Durchgang nicht benützt werden. Auch die 8 Parkplätze an der Kanonengasse stehen nicht zur Verfügung, obwohl wir in Liestal ein grosses Parkplatzproblem haben.

Fragen: Wann kann der öffentliche Durchgang wieder benützt werden? Wie wird der Ausfall der Parkgebühren kompensiert?

*Stadtrat Daniel Muri: Die gleiche Frage zum öffentlichen Durchgang haben wir in der letzten Fragestunde wie folgt beantwortet: Wir haben keine detaillierten Kenntnisse über das*

*Bauprogramm. Wir gehen davon aus, dass die Bauarbeiten sicher, und das ist auf mündliche Auskunft des Eigentümers, bis Ende 2026 dauern werden und seither haben wir keine neuen Erkenntnisse. Die Bauherrschaft zahlt während der Bauzeit Gebühren für die Nutzung der Allmend.*

7. Frage / Markus Rudin (SVP) – Eltern-Taxi

Leider immer noch ein grosses Problem: ich habe diese Frage schon vor einem Jahr gestellt und nun diesbezüglich eine negative Entwicklung festgestellt.

Frage: Sieht der Stadtrat Möglichkeiten, verschärfte Vorschriften zu erlassen, damit sich die Eltern endlich daranhalten?

*Stadträtin Pascale Meschberger: Wir geben dir recht, das ist ein grosses Ärgernis. Du weisst, dass wir seit 2 Jahren mit dem Bereich Bildung und Sport zusammen eine Kampagne machen, jeweils am Anfang des neuen Schuljahres. Die Eltern bekommen alle einen Brief nach Hause geschickt, wir machen Publikationen im "Liestal aktuell", wir sind auf der Homepage, wir machen Sensibilisierungsgespräche, geben Flyer ab. Vor Ort ist in den ersten 2 Schulwochen ein Verkehrsdienst im Einsatz, der die Leute auch darauf hinweist. Die Aktion hat jeweils einen kurzfristigen Erfolg gezeigt, ist aber leider nicht nachhaltig. Nichtsdestotrotz ist Liestal schon ein bisschen als Vorbild auch genannt worden, weil einfach „Die Lösung“ bis jetzt noch nicht wirklich gefunden worden ist. Wir sind aber weiterhin dran, weil ja, es ist ein Problem, wir haben einfach nicht die rechtlichen Möglichkeiten, um den Leuten zu verbieten, dort hinaufzufahren, das können wir nicht machen, aber allenfalls müssen wir irgendwann gleich einmal überlegen, ob es bauliche Massnahmen braucht oder so. Also wir diskutieren und schauen, was andere Gemeinden machen, aber ich glaube, es hat noch keine Gemeinde wirklich eine Lösung gefunden, schweizweit nicht, leider.*

8. Frage / Markus Rudin (SVP) - Kehrrichtabfuhr

Bewohner im Quartier Fraumatt, Kessel und Weiermatt haben moniert, dass die Kehrrichtabfuhr seit der Neuvergabe nicht optimal funktioniere. Des Öfteren sollen diverse Kehrrichtsäcke nicht mitgenommen worden sein, und deshalb sind Probleme mit Ungeziefer und Geruch entstanden. Ein Dankeschön an die Betriebe, die schon einmal unbürokratisch diversen Unrat entsorgt haben.

Frage: Wird diesbezüglich genügend kontrolliert? Wurden Fehlbare schon verzeigt?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es ist so, dass ich nicht ganz weiss, was „Fehlbare“ heisst, ob die, die nicht aufladen, die fehlbaren sind oder die, die keine Vignetten draufkleben. Tatsächlich gibt es wieder vermehrt Fälle ohne Kehrricht-Vignetten und ob jetzt die neue Entsorgungsfirma ein bisschen besser darauf schaut, ob die auch draufgeklebt ist oder ob man einfach die Leute testen will, das könnte der Fall sein. Aber es ist so, dass wenn ein Sack ohne Marke ist, dann wird er zuerst einmal stehen gelassen und wenn er länger stehen bleibt, dann wird er eingepackt, aufgeschnitten und geschaut, was drin ist und ob man sieht, wer das ist und diese Person bekommt eine Busse, wenn man das herausfindet. Bei diesen Niederflurcontainern wird das sowieso gemacht, immer wieder getestet, ob es Säcke ohne Vignette drin hat und die werden auch aufgemacht. Also es gibt natürlich einen Weg, die Verursachenden herauszufinden und dem auch nachzugehen. Es geht auch darum, nachher noch einmal zu schauen, wo ist es genau und was ist die Ursache. Und vielleicht auch irgendetwas hinzuschreiben im schlimmsten Fall, wenn es sich nicht bessert, dass der Kehrricht nicht mitgenommen wird, wenn sie keine Vignetten haben, was in jedem „Liestal aktuell“ oder in jedem zweiten eigentlich immer wieder publiziert wird. Aber es geht nicht um die neue Firma, die diese nicht mitnimmt, sondern um die neue Firma, die es korrekt macht.*

Markus Rudin (SVP) stellt fest dass er mit „Fehlbaren“ natürlich nicht diejenigen meine, die es nicht aufladen würden, sondern eben die, die es halt nicht deklarieren würden oder wo keine Marken draufklebten.

9. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Velo-Verkehrsführung rund um den Bahnhof

Die neue Velo-Verkehrsführung rund um den Bahnhof funktioniert gut und stellt eine wesentliche Verbesserung dar. An der Kreuzung Oristalstrasse-Sichternstrasse befürchte ich allerdings ein Gefahrenpotential zwischen Autofahrenden, welche nach der Unterführung in die Sichternstrasse einbiegen wollen, und Fahrradfahrenden, welche geradeaus ins Oristal fahren.

Könnte die Einfärbung der Fahrradspur z.B. in grün oder rot mithelfen, die Sichtbarkeit der Fahrradfahrenden zu erhöhen?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Vor einem Jahr gab es schon eine Interpellation zu diesem Thema, um das Gefahrenpotential an dieser Stelle zu verringern. Damals ist mit der Polizei und mit dem Kanton als Strasseneigentümer das angeschaut worden und dann hat man ja das Gelände verkürzt. Aber nach wie vor ist es schwierig, dass wirklich alle merken, dass sie dort nicht vortrittsberechtigt sind, wenn sie rechts hochfahren. Der Kanton ist aufgefordert und wird auch einen roten Deckenbelag zusammen mit der SBB dort anbringen, genau in dieser Kurve.*

10. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Bahnhof: Anzeigen Fahrplanauskunft und Abfahrtgeleise

Im neuen Bahnhof sind die Anzeigen für Fahrplanauskunft & Abfahrtsgeleisen dünn gesät. Insbesondere in den Unterführungen finden sich ausser Werbebildschirmen keine Anzeigen. Gibt es eine Möglichkeit, dass in den SBB-Bahnhofsunterführungen Monitore angebracht werden, an denen sich Reisenden über die nächsten Abfahrtszeigen und Geleise informieren können?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Stadt Liestal ist in Kontakt mit der SBB, genau auch wegen dem. Wenn jemand von irgendwoher kommt und dann in einer Unterführung schauen will, wo der nächste Zug fährt, findet man nichts. Man sieht auch nicht oben die Anzeigetafel aus der Unterführung heraus und unten ist nichts angeschrieben. Eine Rückmeldung ist noch ausstehend, wie man das löst. In der Personenunterführung Sichtern ist eine digitale Information, aber das ist, glaube ich, die einzige. Und zum Teil sind die, die auch oben an den Bahnhofportalen sind, nicht an den Orten, wo man sie anschaut. Also die Frage ist eigentlich eine Unterstützung, nochmals bei der SBB wirklich kräftig nachzufragen und das Problem nicht nur zu schildern, sondern auch Ansprüche zu stellen.*

11. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Bahnhof: Entsorgungsstationen

Nochmals zum Bahnhof: Wann wird der Bahnhof Liestal mit den, an anderen Bahnhöfen üblichen, Entsorgungsstationen mit getrennter PET-Sammlung ausgestattet?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Hier ist es so, dass die SBB die Behälter mit diesen 4 Abfallarten montieren wird. Im Moment sind sie im Lagerplatz beim Martin-Biermann-Spital und die Installation soll im Sommer 2025 erfolgen.*

12. Frage / Anita Baumgartner (GL) – Tiergartenstrasse; weitere steile Strassen

Gibt es, nebst der Tiergartenstrasse, noch weitere Strassen in Liestal mit gleicher oder steilerer Steigung? Falls ja, wo befinden sich diese?

*Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die Strassenlängen und Gefälle sind in einer Statistik festgehalten, welche im Protokoll integriert wird.*

Strasse	Länge	Max. Gefälle	Durchschnitt Gefälle
Weideliweg	250 m	12%	9.5%
Sichternstrasse	700 m	11%	8%
Tiergartenstr. unten	175 m	12%	8.5%
Tiergartenstr. oben	475 m	14%	8%
Rufsteinweg	75 m	16%	12%
Gartenstr. unten	130 m	16%	9%
Weissfluhweg	230 m	16.5%	14.5%
Vogelsangweg	280 m	16.5%	12.5%
Rankweg	370 m	14%	9%
Küngelbrunnenweg	160 m	13%	9%
Rotfluhstrasse	125 m	7%	1%
Hurlistrasse	270 m	9.5%	6.5%
Spittelerstrasse	245 m	11%	9.5%
Seltisbergstrasse	900 m	11.5%	7.5%
Arisdörferstrasse	1150m	11%	5%

13. Frage / Florian Abt (SP) – Geschwindigkeitsmessung im Stadtgebiet

Im Stadtzentrum gibt es mehrere verkehrsberuhigte Bereiche mit einer Höchstgeschwindigkeit von 20 km/h. Es fällt mir jedoch immer wieder auf, dass Fahrzeuge deutlich schneller fahren als erlaubt. Besonders an sensiblen Stellen, wie der Allee in Richtung Regierungsgebäude, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Daher meine Frage: Wie häufig finden in der Innenstadt Geschwindigkeitskontrollen statt und welche Ergebnisse werden dabei erzielt?

*Stadträtin Pascale Meschberger: Im Stadtgebiet werden monatlich an 12 verschiedenen Stellen Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Ein Schwerpunkt liegt natürlich bei den Schulen, bei den Pflegeheimen und in der Begegnungszone. Werden an einem Ort erhöhte Überschreitungen, also mehr als man so ein bisschen erwartet, festgestellt, werden an dem gleichen Ort halt einfach häufiger Kontrollen durchgeführt. Wenn wirklich etwas auffällt, spezielle Feststellungen gemacht werden in punkto Übertretungen, werden auch schwerpunktmässig Kontrollen mit halbstationären Radaranlagen durchgeführt, weil man manchmal schon das Gefühl hat, die Leute sehen diese Kontrolle mit Adleraugen. Grundsätzlich können wir aber sagen, dass Überschreitungen in Liestal nicht so besorgniserregend sind, auch wenn jede Einzelne eigentlich nicht so toll ist, es gibt wenig, das man anzeigen muss, die meisten sind im Übertretungsbereich, die einfach Ordnungsbussen bekommen.*

14. Frage / Tobias Tanner (SVP) – Geschwindigkeitswarntafeln Gitterlistrasse / Burgstrasse

Unter anderem wurden an der Gitterlistrasse und der Burgstrasse temporäre Geschwindigkeitswarntafeln montiert, die nach wenigen Tagen wieder abgebaut wurden. Fragen:

1. Warum wurden sie montiert und kurze Zeit später wieder abgebaut?
2. Wird geplant, die fest zu installieren? Was zu begrüssen wäre.
3. Sind an weiteren Standorten Geschwindigkeitswarntafeln geplant?

*Stadträtin Pascale Meschberger: Die Geschwindigkeitsanzeigetafeln hängen absichtlich nur 2 Wochen, weil wir feststellen, dass die Sensibilisierung am Anfang funktioniert, aber dann recht schnell abstumpft, darum wechseln wir sie. Wir haben 2 von diesen Tafeln, die im 3-Monats-Rhythmus an verschiedenen, vor allem neuralgischen Orten aufgestellt werden. Das kann man dazu sagen.*

## 7. Trifluoressigsäure

- **Interpellation «Trifluoressigsäure (TFA) Chemikalien im Grund- und Trinkwasser der Stadt Liestal und des Kantons Baselland» von Lukas Flüeler und Matthias Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2025-28)**
- **Interpellation «Belastung des Liestaler Trinkwassers mit Trifluoressigsäure (TFA)» von Patrick Mägli der SP-Fraktion; schriftliche Antwort Stadtrat (Nr. 2025-29)**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass gemäss vorgängiger Entscheidung bei der Traktandenlistenbereinigung die beiden Interpellationen Nr. 2025-28 und Nr. 2025-29 gestützt auf § 72 des ER-Geschäftsreglements verbunden beraten werden, da die Fragen der Interpellanten im Zusammenhang mit der Trifluoressigsäure sachlich zusammen gehören und vom Stadtrat auch schriftlich beantwortet wurden.

Die Interpellanten möchten sich nun zu den beiden schriftlichen Antworten des Stadtrates gemäss Vorlagen Nr. 2025-28a sowie Nr. 2025-29a äussern und mitteilen, ob sie die Diskussion wünschen oder nicht.

Lukas Flüeler (GL) erklärt als Interpellant der Interpellation Nr. 2025-28, dass er die Diskussion wünscht.

Patrick Mägli (SP) äussert sich als Interpellant des Vorstosses Nr. 2025-29, dass er die Diskussion ebenfalls wünsche.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion der Interpellationen unbestritten ist.

Lukas Flüeler (GL) dankt als Interpellant dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung seiner Interpellation und die Auseinandersetzung mit dem Thema, das alle betrifft. Die Belastung von unserem Trinkwasser, das ja auch aus dem Grundwasser gespeist wird, mit der TFA, der Trifluoressigsäure, und aber auch der PFAS, ein Teil davon sind eben die TFA. Das Thema ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern auch ein ernsthaftes Gesundheitsproblem für uns. Die Chemikalien PFAS und TFA zeichnen sich nämlich durch eine extrem hohe Persistenz und Bio-Akkumulation aus. Das heisst, sie reichern sich in unserem Körper an und können über Jahre hinweg zu gesundheitlichen Risiken führen. Zwar stellt der Bericht des Stadtrates fest, dass die toxische Relevanz dieser TFA und PFAS bislang nicht als gravierend eingestuft wird, doch muss ich das persönlich in Frage stellen und auch ein bisschen widersprechen. Die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen nämlich, dass die Substanzen zu einem Risiko einer Vielzahl gesundheitlicher Probleme führen können. Darunter zu Fruchtbarkeitsstörungen, Beeinträchtigung der kindlichen Entwicklung der Föten, einem erhöhten Krebsrisiko sowie Schäden am Nervensystem. Es ist doch von entscheidender Bedeutung, die Gefahr ernst zu nehmen und sofort zu handeln. Besonders besorgniserregend ist aus meiner Sicht, dass im Kanton Basel-Landschaft die höchsten TFA-Werte in der Schweiz gemessen worden sind während dieser Versuchsreihe. Trotz dem Wissen um die Gefahr dieser Substanz und der zunehmenden Sensibilisierung auf internationaler Ebene ist der dringende Handlungsbedarf erst jetzt erkannt worden und auch nur nachdem die Werte signifikant vom Rest der Schweiz abgewichen sind. Das wirft doch ein paar Fragen auf, warum unsere kantonale Behörde, die eigentlich für die Kontrolle verantwortlich ist, erst jetzt angefangen hat zu handeln und nicht in der Vergangenheit frühzeitig Massnahmen ergriffen worden sind. Es ist unverständlich, dass erst jetzt nach dem alarmierenden Befund die Firma Bachem zu Sofortmassnahmen aufgefordert worden ist. Das erinnert mich auch an andere Vorfälle, die schon zu Verunreinigungen in unserem Grundwasser geführt haben, die auch schon von dieser Richtung oben runtergekommen sind und wo auch eine Reinigungsfirma, die Chemikalien reinigte, ihr Schmutzwasser ebenfalls über die Kläranlage entsorgt hatte. Und es ist auch der Kanton zuständig für die Kontrolle solcher Firmen. Da erwarte ich eigentlich, dass die zuständigen Behörden zukünftig proaktiver agieren. Es muss zudem schneller sichergestellt werden, dass die Umweltschutz-

massnahmen und auch Gesundheitsmassnahmen, die bereits an anderen Orten umgesetzt werden, auch in unserer Region zur Anwendung kommen. Und das ist nicht eine Aufgabe an den Stadtrat, sondern das ist etwas, was politisch geschehen muss, indem Höchstwerte von TFA und PFAS im Trinkwasser und in der Umwelt festgelegt werden. Es muss auch langfristig zum Verbot von solchen Substanzen kommen. Wir können nicht länger zögerlich reagieren und uns auf unzureichende Massnahmen verlassen. Ein weiterer wichtiger Schritt ist aus meiner Sicht auch die Verbesserung der Abwasserreinigung. Auch wenn derzeit noch keine Technologie vorhanden ist, die die TFA und die PFAS vollständig aus dem Wasser entfernen können, dürfen wir nicht abwarten, bis die Substanzen in noch grösserem Ausmass in unsere Gewässer gelangen. Die Abwasserreinigungsanlagen müssen dringend auf den neusten Stand der Technologie gebracht werden, um die Belastung zu minimieren. Das Amt für Umwelt und Energie hat in seiner Antwort zu Recht betont, dass die resistenten Stoffe, die TFA und die PFAS, nicht in die Umwelt gelangen dürfen. Es ist also höchste Zeit, mit Entschlossenheit zu handeln und die Substanz aus unserem Trinkwasser und unserer Umwelt zu entfernen, um künftigen Generationen ein sicheres und gesundes Leben zu ermöglichen. Die Risiken, die mit der fortgesetzten Verwendung von TFA und PFAS verbunden sind, sind noch nicht bis ins letzte Detail erforscht, aber es ist ein zu grosses Risiko, es weiterhin zu ignorieren. Die Umwelt und die Gesundheit unserer Bevölkerung sowie die Sicherheit unseres Trinkwassers muss nun vorrangig behandelt werden. Wir dürfen nicht mehr länger zögern und ich danke dem Stadtrat dafür, dass er den Ernst der Lage erkannt hat. Er hat beim Kanton auch nachgedoppelt. Und so wie ich herausgehört habe, wird für mehr Kontrollen und mehr Werte gemessen werden können, sodass wir genauer hinschauen können, wie unser Trinkwasser in Zukunft daherkommt. Er dankt dem Stadtrat für die Beantwortung seiner Interpellation.

Patrick Mägli (SP) schliesst sich als Interpellant dem Dank an den Stadtrat an und führt aus, dass Wasser ein elementares Lebensmittel ist. Darum ist es absolut zentral, dass das Wasser, das Grundwasser und das Trinkwasser sauber und nicht gesundheits- und umweltgefährdend sind. Die TFAs sind noch nicht vollumfänglich erforscht, aber es gibt immer mehr verdichtende Hinweise, dass diese Stoffe gesundheitsgefährdend sind. Es ist darum wichtig, dass die Behörden das Grundwasser und das Trinkwasser durchgehend überwachen. Wenn ich aber die Antwort zu diesen beiden Interpellationen durchlese, habe ich schon den Eindruck, dass der Kanton nicht wirklich proaktiv unterwegs ist, sondern eher reaktiv handelt und nur dann etwas macht, wenn es nicht mehr anders geht. Ich finde es auch schwierig, dass die Stadt offensichtlich immer selbst Informationen zur Wasserqualität einfordern muss und dass der Kanton nicht immer von sich aus Behörden auf Gemeindeebene informiert. Auf jeden Fall sind wir immerhin froh, dass der Kanton jetzt bei der Firma Bachem endlich einmal etwas gemacht hat, obwohl das auch sehr lange gedauert hat. Im Übrigen haben wir aber Vertrauen in den Stadtrat, dass dieser auch in Sachen Wasserqualität die Interessen der Liestaler-Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen beim Kanton wahrnimmt und weiterhin auch in Sachen TFA beim Kanton dranbleibt.

Verena Wunderlin (GLP) dankt als GLP/EVP-Fraktionssprecherin für die Interpellationen und für die fundierten Abklärungen sowie die entsprechenden Recherchen. Wie wichtig sauberes Trinkwasser ist, haben wir bei der letzten Panne bei der Helgenweide erfahren. Die permanente Überwachung der Wasserqualität ist unerlässlich. Das AUE überwacht das Grundwasser, die Frenke, die Ergolz und den Auslauf der ARA bei Bubendorf regelmässig. Ich lese, bei allen Trinkwasserfassungen im Baselbiet ist der Stoff TFA seit 2023 oder noch früher gefunden worden. Was heisst das und wie schädlich kann das für uns Menschen sein? Wir wissen es noch nicht. Lukas Flüeler (GL) hat vorhin seine Bedenken dargelegt. Genügt es, wenn die Firma Bachem ins Visier genommen wird? Was sagen die Höchstwerte überhaupt aus? Die Festlegung der Höchstwerte liegt beim Bund. Das Thema TFA ist neu und der Stand der Technik befindet sich in einer Probephase. Da gibt es viele offene Fragen, die zu klären sind und es wäre gut, wenn das innert nützlicher Frist geschehen kann. Wir warten gespannt auf die Analysen des Kantons und dass dann die entsprechenden Massnahmen auch bald umgesetzt werden. Ich hoffe, meine Grosskinder können weiterhin unbesorgt Brunnenwasser trinken.

Lukas Heinzelmann (SVP) führt als SVP-Fraktionssprecher aus, dass die SVP-Fraktion natürlich auch nicht ganz erfreut über das Ganze sei und sie auch nicht ganz versteht, warum der Kanton nicht vorher reagiert habe und die besagte Firma nicht schon länger kontrolliert worden sei. Wir danken aber dem Stadtrat für seine Abklärungen und zukünftigen Bemühungen und nehmen die Antworten zur Kenntnis.

Peter Küng (SP) stellt als Einzelsprecher die Frage, ob der Stadtrat davon Kenntnis habe, dass in der Nähe der Helgenweide in Hölstein zwei Bauschuttdeponien geplant sind?

Lorenz Holinger (SVP) findet es spannend, wie sich hier immer alle riesige Sorgen machen würden um unser Trinkwasser, das Lebensmittel Nummer 1. Fakt ist aber, dass das Wasser der öffentlichen Trinkwasserversorgung in der Schweiz sehr genau analysiert, beprobt sowie überwacht wird und gegebenenfalls Massnahmen unternommen werden. Wir haben ja auch in Liestal gesehen, wie schnell das geht, bis dann die Massnahmen eingeleitet worden sind. Zudem haben wir in der Schweiz und auch in Liestal qualitativ eines der besten Trinkwasser der ganzen Welt, dem muss man sich auch einmal bewusst sein. Anders sieht es aber aus in den privaten Trinkwasserinstallationen, wo jeder Hausbesitzer selber verantwortlich ist, darum auch ein bisschen Werbung für die Sanitärbranche. Geht mal in den Keller runter und schaut euch einen Wasserfilter an, wie der aussieht und wann er zuletzt gewechselt worden ist. Nach den gültigen Normen ist dieser nämlich alle sechs Monate zu wechseln. Wer macht das von euch? Ich glaube, bei den Wenigsten ist das der Fall. Und dann haben sie nämlich eine saubere Keimzucht direkt im Haus. Und da kann das Wasser, das von der Versorgung herkommt, noch so gut sein. Und ich habe einmal mit einem von der IWB gesprochen und er hat mir gesagt, das Trinkwasser werde nie mehr besser werden, weil einfach die Messgeräte auch immer viel besser werden.

Stadträtin Marie-Theres Beeler bedankt sich für die Rückmeldungen und die Unterstützung, auch gegenüber dem kantonalen Labor und auch gegenüber dem AUE, dem Amt für Umweltschutz und Energie, welches immer wieder den Daumen drauf hat in Bezug auf Verunreinigungen im Trinkwasser. Also ihr müsst euch vorstellen, dass das AUE das Grundwasser misst, und das ALV, das Amt für Lebensmittelsicherheit, misst das Trinkwasser. Aber wir haben jetzt vor allem Kontakt zum ALV und eben die doppelte Kontrollquote vereinbart. Was aber wichtig ist, ist das Wissen, die TFA und überhaupt die meisten PFAS kann man gar nicht herausfiltern. Die gehen sogar durch einen Wasserfilter durch, der sehr wichtig ist, das ist mehr eine bakterielle Verunreinigung oder von anderen Spurenelementen. PFAS, das habt ihr im Regenwasser, das hat man im Nebel drin und ist viel löslicher als Zucker in Wasser. Und das Problem ist, glaube ich, nicht das von der jetzigen Verunreinigung für unsere heutige Gesundheit, sondern das, was wir an Ewigkeitschemikalien überhaupt unseren Nachkommen überlassen. Und Wasser kennt keine Landesgrenzen. Es ist auch interessant, dass vor allem die Länder im Norden, die gesetzliche Höchstwerte haben, die das Wasser aus Meerwasser gewinnen und nicht aus Quellwasser oder aus Grundwasser, die niedrigsten Höchstwerte haben. Im Moment richtet sich die Schweizer Empfehlung an den EFSA, den europäischen Behörden für Lebensmittelsicherheit, die eine Tagesdosis erlaubt, was auch in der Interpellation beschrieben ist. Und man muss gut darauf schauen, wie die zukünftigen Höchstwerte sind, aber da muss man national und international schauen, denn die TFA lässt sich nicht auf einen Bach begrenzen.

Markus Rudin (SVP) erklärt, vielmals wisse man auch gar nicht, was man selber mache mit Chemikalien und gibt nur den bösen Chemiefirmen die Schuld. Also von der Feuerwehrbranche her weiss er, dass man jahrzehntelang Löschschaum gebrauchte, welcher sehr gefährlich war und nun durch neuen Schaum abgelöst wurde. Man hatte Jahrzehnte lang etwas falsche Löschmittel im Unwissen gemacht.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zu den beiden Interpellationen Nr. 2025-28 und Nr. 2025-29 keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellationen Nr. 2025-28 und Nr. 2025-29 durch den Stadtrat.*

**8. Sonnenschutz Rathausstrasse – Bericht Stadtrat zu Postulat «MEIN LIESTAL – Sonnenschutz und südliches Flair in der Rathausstrasse von Eva Eugster der FDP-Fraktion (Nr. 2023-182)**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass sich die Postulantin nun zum stadträtlichen Bericht Nr. 2023-182a betreffend ihrem Vorstoss äussern möchte.

Eva Eugster (FDP) erklärt als Postulantin, dass die zu erwartenden Kosten für sie nachvollziehbar horrend hoch sind und jetzt wirklich im falschen Moment kommen würden. Auch sei es nachvollziehbar, dass die Erlaubnis bei der Eigentümerschaft ein sehr schwieriges Unterfangen sein würde, wenn man das effektiv machen würde, was auch das Beispiel von Basel-Stadt gezeigt hat. Was ich aber sagen muss, ist, dass die Variante mit den Schirmen in der Stadt Olten, die wäre ja sehr viel kostengünstiger und würde extrem viel Farbe in das Stadtbild geben, wie man das von Olten eben gesehen hat. Die Kosten wären bei CHF 20'000 und die Montage würde 2 Wochen dauern. Jetzt sind es insgesamt in Olten 500 Schirme, vielleicht braucht es hier ein paar weniger oder mehr. Und am Ende der Saison konnte man die Schirme sogar gratis an die Bevölkerung abgeben, also von daher gab es ja noch Nachhaltigkeit. Jedoch ist das Argument mit der Sonnenstundendauer am 21.6. nicht unbedingt zutreffend, denn ausgerechnet dieser Tag ist zufällig mein Geburtstag und ich kenne mich aus diesem Grund recht gut aus, was die Wetterkonditionen an diesem Tag anbelangt. Die erwähnte Hitze ist normalerweise erst anfangs August und sicher nicht am 21.6. Es kann also gut einmal einen Tag lang regnen, kann auch ziemlich kühl sein und es sind auch schon mal 13 Grad gewesen an ihrem Geburtstag vom 21. Juni. Also von daher, das Argument zählt für mich nicht. Die grosse Hitze kommt eigentlich erst im August, wenn die Schulferien zu Ende sind. Dann noch etwas zur Installation, wenn es jetzt zu diesen Schirmen kommen würde. Google Maps zeigt mir, dass die Oltener Kirchgasse, wo die Schirme jetzt eben befestigt waren, eine Länge von 220 m hat. Natürlich hat sie wiederum dank Google Maps herausgefunden, dass die Distanz vom Törli bis zum Regierungsgebäude auch rund 220 m beträgt. Das heisst, man kann das sehr gut miteinander vergleichen. Warum nicht auch so ein Regenschirmdach als Sonnenschutz hier in Liestal? Also es wäre ja dann nicht nur der Sonnenschutz, sondern die Attraktivität der Rathausstrasse wäre sicher garantiert. Stellt euch vor, wie viele Leute plötzlich interessiert wären, das anzuschauen, wie toll das aussehen würde. Eine tolle Farbpalette würde hier hängen und man hätte sicher noch ein paar Leute, die sonst nicht unbedingt in das Städtchen gekommen wären. Das Zentrumsmanagement könnte sich doch sehr gut damit befassen. Die Finanzierung könnte grösstenteils mittels Sponsoring ermöglicht werden.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass er das Eintreten übersprungen habe. Ich möchte deshalb korrekterweise auch noch einmal fragen: Ist das Eintreten bestritten? Wir haben zwar die Postulantin schon gehört, aber es ist ja die Frage, ob wir noch eine Diskussion haben. Ich gehe davon aus, es ist nicht bestritten, sonst würdet ihr euch jetzt melden und wir treten auf das Geschäft auch wirklich ein. Dann würden wir nämlich tatsächlich jetzt zur Diskussion schreiten und die Reihe eröffnen mit den Fraktionssprechenden.

Markus Rudin (SVP) stellt als SVP-Fraktionssprecher fest, dass heute ja alle schon in der Vergangenheit schwelgen würden, und er dies auch gemacht habe. Vor etwa 2 Jahren, als wir das Geschäft überwiesen haben, ist eben die SVP dagegen gewesen und die Argumente sind eigentlich fast identisch mit dem, was der Stadtrat jetzt aufgelistet hat und zum Schluss gekommen ist, weshalb es nicht geht. Ich weiss, dass es im Unterbaselbiet mit Tramlinien ganz extrem ist, da mit dem Hubrettungsfahrzeug gar nicht mehr recht Rettungen gemacht werden können, weil natürlich die Elektrokabel hängen. Also man sollte sich natürlich auch nicht dann irgendwie noch selber hindern. Auch betreffend den Hauseigentümern haben wir gesagt, dass es schwierig ist, wenn man jeden anfragen muss, da auch viele Liegenschaften vermietet sind. Das hat der Stadtrat bezüglich möglichen Mietzinsreduktionen ja gut abgeklärt. Dann wissen wir nicht, was der Heimatschutz und was die Altstadtkommission machen werden. Also

eigentlich hat man jetzt einfach etwas die Verwaltung beübt. Man dankt dem Stadtrat für den Bericht, vertritt aber immer noch die gleiche Meinung wie bei der Postulatsüberweisung.

Andreas Sutter (GL) führt als Sprecher der Grünen Fraktion aus, dass er sich erstmals auch hier im Rat äussern darf, was ihn sehr freut. Es geht auch um ein Thema, wo er etwas Bescheid weiss und mit seinem gärtnerischen Hintergrund kann man wohl auch erahnen, in welche Richtung es gehen dürfte. Das Postulat findet man grundsätzlich eine tolle Idee. Es ist ein bisschen schade, dass wir in einem Land wohnen, in dem es immer ein bisschen schwierig ist, solche Sachen umzusetzen, da gibt es ganz viele Argumente dagegen. Wenn man eigentlich jetzt von unserer Seite her in das Städtli schaut, sehen wir nämlich ganz viele gespannte Kabel und daraus kann man darauf zurückschliessen, dass es alleweil auch ganz viele Montagen schon hat, die man theoretisch nutzen könnte. Das sage ich jetzt einfach so, ohne dass ich das nachgeschaut habe. Es hat schon ähnliche Vorstösse gegeben in der Vergangenheit, wie wir gehört haben. Auch hat es vergleichbare Vorstösse gegeben von den Grünen, die nicht die Beschattung, sondern die Begründung zum Thema hatten. Diese sind oft gescheitert an dieser schwierigen Umsetzung, vielleicht auch an mangelndem Willen. Vermutlich bringt es aber zu wenig Nutzen bei sehr hohem Aufwand. Und wir sehen die Problematik bei dieser Idee zum Beispiel in der Verwendung von Materialien, die eben jetzt nicht wahnsinnig nachhaltig sind, selbst wenn man die Schirme später abgeben und wiederverwenden würde. Man muss sich aber bewusst sein, jedes Material, das den Elementen ausgesetzt ist, vor allem die Sonneneinstrahlung, einfach kaputt geht. Also ich bezweifle ein bisschen, dass die Schirme nachher lange gebraucht werden können. Wir sind der Meinung, dass es besser wäre, auf mobiles Grün zu setzen, um bei der Beschattung und vor allem mit der Begründung einfach eine Kühlwirkung zu erreichen. Die Ästhetik, die durch die Idee hineinkommt und auch, dass man das Städtchen aufwerten will, könnte man mit dem genau gleich bedienen. Hier ist es auch so, dass auf dem Markt wahnsinnig viel gemacht worden ist. Es gibt ganz tolle Lösungen, wo man mobiles Grün, grosse Bäume in grossen Töpfen sogar mieten kann usw. Es gibt ein grosses Projekt aktuell in Basel, das genau das in den nächsten Jahren durchführen wird, und zwar mit mehreren Tausenden solcher Objekten. Eine Investition im Städtchen setzt auch ein öffentlichkeitswirksames Zeichen und zeugt von Entwicklungswillen. Das finden wir eine gute Sache und so nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und sind für die Abschreibung.

Jacques Heller (SP) dankt als SP-Fraktionssprecher dem Stadtrat für die sorgfältige Prüfung und die ausführliche Beantwortung des Postulats betreffend den Sonnensegeln in der Rathausstrasse. Wir danken auch Eva Eugster (FDP) für die Idee. Das Anliegen verstehen wir, denn insbesondere im Hochsommer ist jeder Schatten willkommen. Wie du schon gesagt hast, gibt es aber die hohen Kosten für die Installation sowie für den wiederkehrenden Aufwand und die Herausforderungen bei der Verankerung, das haben wir schon mehrfach gehört. Ob es jetzt 4,5 Stunden sind am 21. Juni und so, das belassen wir jetzt einmal. Ein Aspekt ist nicht erwähnt worden, nämlich die Luftzirkulation, die beeinträchtigt werden könnte durch die Sonnensegel. Ich sage könnte, denn dann hätte man plötzlich einen Wärmestau anstatt einer angenehmen Abkühlung. Das Regenschirm- oder das Sonnenschirmdach, das haben wir jetzt nicht separat besprochen. Das klingt jetzt wie eine Light-Version. Ich habe auch gehört, dass die Regenschirme danach nicht mehr lange brauchbar sind, aber das müssen sie auch nicht. Das wäre vielleicht eine Touristenattraktion, das haben wir ja gesehen, in Olten sind so viele Fotos gemacht worden. Ja, leider sind die Schirme auch wieder aus Plastik. Aber das, was Andreas Sutter (GL) gesagt hat in Bezug auf das mobile Grün, das finde ich auch interessant, also das wäre für uns natürlich auch eine Option. Inwiefern, haben wir nicht besprochen. Wir nehmen die Antwort zur Kenntnis und stimmen der Abschreibung des Postulats zu.

Corinne Hügli (GLP) hält als Sprecherin der GLP/EVP-Fraktion fest, dass auch sie die Argumente gut hätten nachvollziehen können. Auch was jetzt noch im Bereich mobiles Grün gesagt wurde, findet sie persönlich auch eine gute Alternative, welche einmal abgeklärt werden könnten. Ihre Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und ist für die Postulatsabschreibung.

Eva Eugster (FDP) informiert, sie möchte auftrags der FDP/Mitte-Fraktion einfach nur noch kurz als Nachtrag sagen, dass die FDP/Mitte-Fraktion das Postulat ebenfalls abschreiben möchte.

Stadtrat Daniel Muri führt aus, dass sie das Rad nicht neu hätten erfinden wollen und dort nachgefragt hätten, wo man bereits Erfahrungen habe. Es macht glaube ich Sinn, dass die ähnlichen Gebäudestrukturen und die ähnlichen Probleme in Liestal auftauchen, wie das auch in Olten oder eben auch in Basel sein kann. Zu den Regenschirmen: Der Stadtrat findet das sicher auch eine interessante, tolle und bunte Geschichte. Ich möchte einfach daran erinnern, dass man jetzt nicht ins dritte Obergeschoss sieht. Bei einem Sonnenschutzdach würde man aber vom dritten Obergeschoss auch nicht mehr auf die Strasse sehen. Das kommt dann auch noch dazu, denn schliesslich hat alles seine Vor- und Nachteile. Ist irgendwie etwas los im Stedtli und derjenige im dritten Obergeschoss sieht dann nichts mehr davon. Und abschliessend wollte ich noch sagen, dass wenn ihr dann in den Keller geht und den Wasserfilter anschaut, schaut doch gerade noch eure Wände und eure Decken an.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat Kenntnis von der Beantwortung des Stadtrats gemäss Vorlage Nr. 2023-182a.

://: Das Postulat Nr. 2023-182 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

## **9. Klassenbildung – Interpellation zur Klassenbildung von Bernhard Bonjour der SP-Fraktion (Nr. 2025-34)**

Stadtrat Lukas Felix nimmt Bezug auf den Vorstoss von Bernhard Bonjour (SP) und fügt an, dass er standardmässig, wenn es um die Schule gehe, eine Bemerkung am Anfang mache. Die Klassenbildung ist nicht eine Kompetenz, die der Stadtrat, sondern der Schulrat hat. Der Stadtrat hat in diesem Sinne nur beschränkt Einfluss darauf. Trotzdem beantworte ich die Fragen sehr gerne. Damit ich das aber machen kann, möchte ich euch noch ein paar Erklärungen bezüglich Doppelzählungen, Höchst- und Richtzahlen etc. mit auf den Weg geben. Die Grundlage zu der Doppelzählung ist im Bildungsgesetz des Kantons Basel-Landschaft in § 11 Absatz 2 zu finden. Dort steht drin: „Im Kindergarten sowie in der Primar- und Sekundarschule wird ab dem sechsten fremdsprachigen Kind in einer Klasse dieses und jedes weitere fremdsprachige Kind doppelt gezählt.“ Das Ganze wird nachher in der Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule im Kapitel „Klassenbildung“ der kantonalen Verordnung in § 20 präzisiert. Dort ist wichtig, dass man alles einmal genau durchliest, damit man nachher versteht, wie es zu dem Ganzen gekommen ist. In Absatz 1 steht drin, dass wenn ein Kind beim Eintritt in den Kindergarten oder in die Primarschule noch nicht 3 Jahre in deutschem Sprachgebiet wohnhaft gewesen ist oder, das „oder“ ist auch noch wichtig, über wenig Deutschkenntnisse verfügt, dann muss bei der Klassenbildung ab dem 6., also das 6. inklusive fremdsprachigen Kind, das Kind doppelt gezählt werden. Dann Absatz 2: Beim Übertritt vom Kindergarten in die 1. Klasse und von der 3. in die 4. Klasse wird das Auslösen dieser Doppelzählung durch die Schulleitung erneut überprüft. Relevant für dieses Thema ist auch Absatz 3: Ausnahmeregelungen werden zwischen dem Schulträger, in dem Fall die Stadt Liestal, und dem Amt für Volksschulen vereinbart. Dann noch ganz kurz zur „Höchstzahl“ und „Richtzahl“, was in § 11 des Bildungsgesetzes geregelt ist: Kindergarten-Richtzahl liegt bei 21 Kindern, die Höchstzahl bei 24 Kindern. Die Primarschul-Richtzahl liegt bei 22 Kindern und die Höchstzahl ebenfalls 24 Kinder. Bei den Einführungsklassen liegt die Richtzahl bei 10 Kindern und die Höchstzahl bei 13 Kindern. Und nun möchte er die Fragen des Interpellanten beantworten:“

Zur Frage 1: Die Praxis wird seit dem Jahr 2009 angewendet und ist verbunden gewesen mit der Einführung der Sprachlerngruppe. In der Sprachlerngruppe werden alle Kinder, die ein Jahr später in den Kindergarten eintreten, angeschrieben und eingeladen, die Sprachlerngruppe zu besuchen, wenn sie noch mangelhafte Deutschkenntnisse haben, und somit könnte man dann in diesem Sinne sicherstellen, dass die Kinder 3 Jahre später dann auch genug Deutsch können. Und dann hat man die Praxis eingeführt, auf die Doppelzählung zu verzichten. Diese Praxis ist vom Amt für Volksschulen im Rahmen der Bewilligungen der Klassenbildung, die der Schulrat jeweils gemacht hat, auch so gestützt worden.

Zur Frage 2: „Gegenwärtig“ steht darin und ich gehe davon aus, dass damit das laufende Schuljahr gemeint ist. Im jetzigen Schuljahr überschreiten wir mit den Doppelzählungen die Höchstzahl in 2 Kindergärten im Fraumatt-Schulhaus. Also es ist immer inklusive Doppelzählung, die Höchstzahl wird überschritten, wenn man doppelzählen würde, was wir nicht müssen. Es sind 2 Kindergärten im Fraumatt und 2 Kindergärten im Frenken-Schulhaus. Zudem ist noch die Einführungsklasse im Fraumatt entsprechend betroffen. Die EK ist in dem Sinn betroffen oder als einziges von der Primarschule nachher, also von der Schule und nicht mehr vom Kindergarten, weil man dort doch noch mangelhafte Deutschkenntnisse hat, was die Doppelzählung wieder auslöst. Dann fragst du, wie es ist in Zukunft und im nächsten Sommer aussehen wird? Mehr weiter in Zukunft heraus kann ich dir das nicht beantworten, das wäre schlichtwegs Kaffeesatz lesen. Im Sommer wissen wir es so ungefähr, vermutlich wird es so sein, dass wir diese Praxis anwenden müssen im Kindergarten Grammet und in der EK im Fraumatt, wo wir die Höchstzahl überschreiten werden und das mit der Ausnahmeregelung mit dem Kanton abdecken müssten. Aber dort mit Vorbehalt, dass die Einteilungen der Kinder in die einzelnen beschlossenen Klassen des Schulrats noch nicht abgeschlossen sind, darum sind diese Angaben noch mit Vorsicht zu geniessen. Und auch wieder die ersten Klassen, die Regelklassen, sind von dem nicht betroffen.

Zur Frage 3: Ja, der Stadtrat hält es grundsätzlich für sinnvoll, dass die Kinder doppelt gezählt werden, aber es gibt natürlich noch viele andere Faktoren, auch soziale Faktoren oder Verhaltensfaktoren, die bei der Klassenbildung beachtet werden müssen oder beachtet werden sollten. Wie ich vorher schon bei den Zahlen aufgezeigt habe, liegt die Problematik hauptsächlich im Kindergarten und in der EK. Und dort auch nur an sehr wenigen Orten. Etwas Weiteres dort drin, der Stadtrat möchte insbesondere auch die frühe Sprachförderung verstärken, das habt ihr auch im Jahresprogramm und im Entwicklungsplan lesen können, damit möglichst wenige Kinder beim Übertritt des Kindergartens in die Primarschule doppelt gezählt werden müssen. Das muss eigentlich das grosse Ziel sein, dass wir dort eben nicht mehr doppelt zählen müssen und sie das Prädikat „doppelzählendes Kind“ dann verlieren. Der Kanton hat dazu auch ein neues Gesetz geschaffen zur Frühsprachförderung, das der Gemeinde dann mehr und neue Möglichkeiten gibt im Rahmen dieser Frühsprachförderung. Der Stadtrat ist gewillt, ein Obligatorium einzuführen für die Frühsprachförderung. Und dort folgt in den nächsten Monaten dann noch eine Vorlage an euch. Damit soll dann sichergestellt werden, dass nur noch punktuell mit temporären Ausnahmeregelungen gearbeitet werden muss.

Zur Frage 4: Diese Frage ist irgendwie so der Freipass, noch etwas zur Klassenbildung sagen zu können. Was gibt es noch für andere Probleme, die nicht mit der Doppelzählung zu tun haben? Als erstes ist mir in den Sinn gekommen, das grösste Problem ist eigentlich, dass die Kinder halt einfach nicht linear verteilt auf die Welt kommen, sondern es gibt so, ich habe es bei mir im Text jetzt mal „Wellenbewegungen“ genannt. Da gibt es einmal in einem Quartier wahnsinnig viele Kinder und dann gibt es einmal in einem Jahr wieder viel weniger. Und dann ist es auch noch von Quartier zu Quartier verschieden und das führt einfach zu Problemen, weil man die Kinder dann nicht einfach von einem Ende ans andere Ende von Liestal schicken kann, zumindest beim Kindergarten, das haben wir hier drin vor etwa eineinhalb Jahren auch schon einmal ausführlich diskutiert, als wir es vom Schulweg gehabt haben. Dann ein weiteres Problem der Klassenbildung in Liestal ist der knappe Schulraum. Wir haben kein einziges Schulhaus, in dem wir Reserve haben an einem Klassenzimmer, in dem wir dann irgendeine Wellenbewegung auffangen könnten und das führt dann auch zu vollen Klassen, in denen wir dann entsprechend die Höchstzahlen überschreiten. Wenn man das verschieben möchte in andere Schulhäuser, das wissen wir und auch die zwei anwesenden Schulratsmitglieder auch, dass das zu längeren Schulwegen und entsprechenden Beschwerden führt. Und dies führt wiederum dazu, dass es auch jeweils ein riesengrosser Aufwand ist für den Hochbau, wenn wir wieder Klassenzimmer, Gruppenräume und alles zügeln müssen. Das ist ein grosser Aufwand und belastet die Verwaltung sehr stark.

Bernhard Bonjour (SP) dankt als Interpellant für die Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Bernhard Bonjour (SP) stellt als Interpellant fest, dass es ein interessantes Problem sei, weil grundsätzlich die Doppelzählung Sinn macht und es einen Grund gebe, warum die Stadt Liestal diese habe. Es ist ein Schutz für die Schüler und für die ganzen Schulen. Die Doppelzählung kommt nicht nur dem fremdsprachigen Kind zugute, sondern kommt der ganzen Klasse und den Lehrpersonen zugute, dass die nicht noch mehr überlastet sind. Von daher ist die Doppelzählung etwas sehr Sinnvolles. Ich habe mich dann gewundert, dass es eine sol lange langjährige Ausnahmeregelung gibt für Liestal, nämlich seit 2009, und diese offenbar weiterhin in Anspruch genommen wird. Und da hat es ja eine ziemlich alarmierende Aussage gegeben im Bericht der Bau- und Planungskommission zu dem Erweiterungsbau, nämlich dass dort eigentlich die Doppelzählung ausser Kraft gesetzt ist, weil es einfach zu wenig Schulraum gibt. Die konkreten Ausführungen, die du dann gemacht hast, wie viele Klassen jetzt hiervon wirklich betroffen sind, zeigen dann, dass es eigentlich nur relativ wenige Fälle sind. Es ist nicht so, dass überall viel zu viel aufgefüllt wird und dass wir die Grundsätze überhaupt nicht erfüllen würden. Von daher bin ich zufrieden damit, dass es nicht ein ganz grosses Problem ist, das man hier ständig vor sich hinschleppt. Sehr toll finde ich, dass die frühe Sprach-

förderung gestärkt werden soll und dass man hier Massnahmen im Kopf hat, dass man auch an das Obligatorium denkt und dass es hierfür eine Vorlage gibt. Ich freue mich auf die Vorlage, dass wir dort bald wieder über das Problem reden können. Zu Herzen nehmen müssen wir uns die Schulraumknappheit. Also das ist offenbar wirklich ein grosses Problem. Es geht nicht, dass man praktisch einfach alles aufgefüllt hat, eben im Fraumat noch die Abwartwohnung als Schulraum braucht, was jetzt immerhin durch diese Erweiterung dann vielleicht nicht mehr nötig ist. Aber wir nehmen uns das zu Herzen und darum meine ich grundsätzlich, da müssen wir wirklich als Rat immer wieder darüber reden und man darf die Schule nicht so ganz knapp lassen. Die Schule kann auch etwas dazu beitragen, indem sie eben kreative Lösungen entwickelt. Es ist nicht immer ein Neubau nötig und man kann sich für eine gewisse Zeit sicher auch irgendwo in einem Altbau einmieten. Ich wiederhole, was ich schon mehrmals gesagt habe: So kreative Lösungen könnten auch pädagogisch sehr sinnvoll sein und sehr viel bringen. Provisorien und komische Lösungen sind manchmal ganz toll, wenn man sich anstrengen muss. Also das, was ich noch zu bedenken geben will, ist, dass eine generelle Ausnahmegewilligung haben, diese aber eigentlich gar nicht viele Klassen betrifft und eigentlich gibt es in dieser Verordnung auch die Möglichkeit, dass man nicht eine generelle Ausnahmegewilligung hat, sondern halt Jahr für Jahr, wenn es nötig ist, eine Ausnahmegewilligung beantragt. Und mir scheint das eigentlich fast gescheiter, wenn man auf die generelle Ausnahmegewilligung, die vom Jahr 2009 stammt und die ein bisschen komisch ist, dass man die so lange einfach stehen lässt. Also wenn man wirklich halt jedes Jahr die Ausnahmegewilligung dort, wo es nötig ist, beantragen würde, es würde dann einfach allen Beteiligten viel klarer werden, dass wir ein Problem haben und dieses noch nicht ganz so erfüllen können, wie wir es möchten.

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2025-34 durch den Stadtrat.*

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Thomas Eugster (FDP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglements am Schluss der Versammlung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 20:04 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Thomas Eugster

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann